

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 14. Februar 1979

Blatt 359

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Stellungnahme AKH zu FPÖ-Aussendung
ausgesendet:

Kommunal: Wiener Handelskammer gegen 5-Tage-Schulwoche
(rosa) Erste Sitzung des neuen Stadtsenates
 Wiener Gemeinderat
 Wiener Landtag

Lokal: Hausmusikaktion auch 1979
(orange) Falsche "Schwarzkappler" in Zivil

Sport: Ernst Ocwirk erhielt das Goldene Verdienstzeichen
(grün) des Landes Wien

Nur über 13.2. Gerngroß: Noch immer Glutnester in der Ruine
FS: Der Storch kam mit Blaulicht

.....
bereits am 13. februar 1979 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

stellungnahme akh zu fpoe-aussendung

12 wien, 13.2. (rk) zur fpoe-aussendung unter dem titel "hirn-
schall beantragt sonderpruefung der beratungstaetigkeit beim akh"
vom 13. februar 1979 uebermittelte die akh-planungs- und errich-
tungsgesellschaft der "rathaus-korrespondenz" folgende stellung-
nahme:

"die akpe hat im juni 1978 einen auftrag zur erbringung von
planungsleistungen auf dem sektor der betriebsorganisation fuer
den neubau des wiener allgemeinen krankenhauses an eine 'arbeits-
gemeinschaft betriebsorganisationsplanung' mit einem honorar-
volumen von rund 122 millionen schilling (exklusive umsatzsteuer)
vergeben. diese arbeitgemeinschaft besteht aus den firmen deut-
sches krankenhausesinstitut (dki), duesseldorf, j. odelga, aertzlich-
technische industriegesellschaft mbh, wien, oekodata betriebs-
beratungsgesellschaft mbh und co kg, wien, prof. dr. hans-ulrich
riethmueller, beratungsbuero fuer die planung von medizinischen
lehr-forschungsstaetten und krankenhaeusern, tuebingen, die sich
fuer einzelne teile des planungsvolumens einer weiteren oesterrei-
chischen firma, naemlich der agiplan planungsgesellschaft mbh in
wien, als subunternehmen bedient. die firma odelga wurde in der
zwischenzeit durch die firma medconsult (eigentuemer sind die firmen
odelga und prutscher) ersetzt.

die vergabe dieses auftrages erfolgte auf grund einer be-
schraenkten ausschreibung im sinne der fuer die vergabung von
leistungen durch gebietskoerperschaften geltenden richtlinien.

die hoehe des honorars, welches wesentlich unter den honorar-
richtlinien der interessenvertretung der betriebsberater gelegen

ist, erklart sich daraus, dass innerhalb einer relativ kurzen zeit von zweieinhalb jahren enorme planungsleistungen zu erbringen sind, die nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer hinsicht einen besonderen aufwand erfordern.

ueberdies zeigt der vergleich zwischen den eingelangten anboten die preisguenstigkeit des anbetes der in der folge beauftragten firmengruppe, die ausserdem durch ihre zusammensetzung die annahme zulaesst, dass sie die geforderten leistungen in optimaler weise erbringen wird.

auf grund dessen hat auch der aufsichtsrat der 'allgemeines krankenhaus wien planungs- und errichtungs-aktiengesellschaft' die vergabe dieses auftrages an die genannte firmengruppe einstimmig genehmigt.'" (akpe)

1639

14. februar 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 362

L o k a l :

=====

hausmusikaktion auch 1979

1 wien, 14.2. (rk) die im schubertjahr 1978 so erfolgreich gestartete hausmusikaktion des wiener volksbildungswerkes soll auch heuer fortgesetzt werden. zur betreuung von 'hausmusikwilligen' hat sich im volksbildungswerk ein kleiner arbeitskreis unter der leitung von dr. karl heinz schroedl gebildet. interessierte sollten sich beim volksbildungswerk melden, wenn sie 1979 mindestens einen hausmusikabend mit mindestens 10 zuhoerern veranstalten. die veranstalter koennen dann auch entscheiden ob ein vertreter des volksbildungswerkes als zuhoerer erwuenscht ist. im allgemeinen sollten diese hausmusikabende von amateuren bestritten werden, doch ist das volksbildungswerk auch bereit, dort wo etwa zeitgenoessische kompositionen gespielt werden, die das engagement von zusatzmusikern notwendig machen, zuschuesse zu gewaehren. das volksbildungswerk moechte gerne als kontaktstelle zur vermittlung von programmen und interpreten dienen bzw. auch als kontaktvermittler zu lebenden komponisten. die aktion hausmusikabende soll ebenso wie die schubertiade in einer gedruckten dokumentation ihren niederschlag finden. interessierte wenden sich an das wiener volksbildungswerk, 1080, auerspergstrasse 7/3/31, tel.: 43 33 14. (may) 0821

s p o r t :

=====

ernst ocwirk erhielt das goldene verdienstzeichen des landes wien

2 wien, 14.2. (rk) stadtrat kurt h e l l e r ueberreichte diensttag an ernst o c w i r k in dessen haus in klein-poechlarn das goldene verdienstzeichen des landes wien.

diese auszeichnung war ernst ocwirk von der wiener landesregierung in wuerdigung seiner grossen verdienste, die er sich als fussballer und spaeter als trainer um den wiener und den oesterreichischen sport erworben hat, verliehen worden.

1926 in wien geboren, war er seit seiner jugend im fussball-sport taetig. 1945 erhielt er erstmals die einberufung in die oesterreichische nationalmannschaft, 1947 kam er dann zur wiener austria.

in seiner grossen karriere wurde ernst ocwirk auch zweimal in das fifa-team berufen, einmal sogar als kapitaen dieser auswahl.

stadtrat kurt heller bezeichnete ocwirk bei der ueberreichung der auszeichnung nicht nur als modellfussballer, sondern auch als modellmensch, der ein echtes vorbild fuer die jugend darstellt.

ernst ocwirk zeigte sich bei seinen dankesworten fuer die ihm von seiner heimatstadt verliehene auszeichnung sehr bewegt. (hof)

0902

14. februar 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 364

k o m m u n a l :

=====

wiener handelskammer gegen 5-tage-schulwoche

3 wien, 14.2. (rk) der praesident der wiener handelskammer, ing. karl d i t t r i c h , meldete dienstag in einem pressegesprach schwere bedenken gegen die einfuehrung der 5-tage-woche an den wiener volks- und sonderschulen an. neben den paedagogischen auswirkungen wuerde die 5-tage-schulwoche auch zu tiefgreifenden veraenderungen im freizeit- und konsumentenverhalten fuehren. es ist nicht auszuschliessen, dass beruftstaetige frauen vermehrt darauf draengen den samstag arbeitsfrei zu erhalten. daraus ergeben sich fuer den wiener handel echte schwierigkeiten. gerade kleinere betriebe werden die nahversorgung kaum aufrechterhalten koennen. ausserdem wuerde eine ''entvoelkerung wiens'' an den wochenenden sicher auch zu umsatzeinbussen im handel fuehren. (sei)

0953

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

bericht von buergermeister gratz

4 wien, 14.2. (rk) die sicherung eines hohen beschaefigungs-niveaus bezeichnete buergermeister leopold g r a t z mittwoch in seinem bericht an den wiener gemeinderat auch fuer die zukunft als wichtigste aufgabe. "ein hohes beschaefigungsniveau ist zweifellos das wesentliche kennzeichen einer gesunden wirtschaft und die entscheidende grundlage fuer eine positive weiterentwicklung, denn nur auf der basis hoher beschaefigung koennen sich produktion und produktivitaet entfalten", sagte gratz. "aber es ging uns bei dieser prioritaaenenentscheidung noch um weit mehr, naemlich um eine humanistische verpflichtung: alles zu tun, damit jedem menschen ein arbeitsplatz gesichert wird, der seinen faehigkeiten entspricht, der ihm eine chance bietet und den er selbst als angemessenen platz in unserem sozialgefuege empfindet. ich weiss, dass diese vorstellungen noch betraechtlich ueber den begriff der vollbeschaefigung hinausgehen und dass wir noch weit von der verwirklichung dieser zielsetzung entfernt sind. wir muessen sie jedoch konsequent und zielstrebig verfolgen. die voraussetzung dafuer ist jedoch ein hohes beschaefigungsniveau, aus dem allein sich wettbewerbschancen fuer den einzelnen ergeben koennen".

nach einem ueberblick ueber die entwicklung der letzten jahre, in dem gratz neben der wirtschaft die schwerpunkte wohnen, gesundheit und soziales, verkehr und freizeiteinrichtungen hervorhob, stellte er fest: "es ist erst etwa zwanzig jahre her, da war wien die endstation des freien westens, von den meisten abgeschrieben, als sterbende stadt, als stadt ohne zukunft abqualifiziert. man schaezte uns bestenfalls noch als eine art freilichtmuseum der grossen vergangenheit einer ehemaligen kaiserstadt. heute bestreitet niemand mehr, dass dieses wien eine lebendige und kraftvolle, eine bluehende stadt ist. wir haben uns im haertesten wirtschaftlichen wettbewerb inmitten einer krisengeschuettelten welt erfolgreich behauptet. wien ist wieder die anerkannte metropole mitteleuropas, wirtschaftlich ebenso wie kulturell. wir koennen heute, ohne jede ueberheblichkeit und ohne jedes eigenlob, allein gestuetzt auf die

tatsachen und auf die internationale anerkennung, mit ueberzeugung feststellen, dass wien die lebensbetrohenden probleme, die sich aus der historischen entwicklung nach den beiden weltkriegen ergeben haben, bewaeltigt hat. wien hat - unter anderen voraussetzungen und mit anderen aspekten - seine internationale stellung in europa neu gewonnen".

diese feststellungen sollen die bestehenden probleme weder wegwischen noch leugnen, sagte gratz. manchmal sei es zum beispiel dazu gekommen, dass wegen der konzentration auf die grossen, faszinierenden aufgaben die sogenannten kleinigkeiten, die fuer das taegliche leben so wichtig sind, zu wenig beachtung fanden.

gratz erinnerte daran, dass er zur klarstellung der probleme nach der letzten gemeinderatswahl zu einer umfassenden diskussion aufgerufen habe. die starke und engagierte beteiligung daran habe alle erwartungen uebertroffen. als ergebnis dieser diskussion liege nun - in ergaenzung zum programm der wiener, das nach wie vor das gueltige arbeitsprogramm des gemeinderates fuer die kommenden jahre sei - ein ergaenzendes schwerpunktprogramm vor. gratz hob davon besonders die aufgaben hervor, die wechselbeziehung zwischen der verwaltung und den buergern enger zu gestalten, den sogenannten kleinigkeiten mehr aufmerksamkeit zu widmen, das system der sozialen hilfe weiter zu entwickeln, die dezentralisierung der arbeit voranzutreiben, noch mehr anstrengungen zur verbesserung der verkehrssituation zu unternehmen und die staedterneuerung weiter zu forcieren.

auf dieser grundlage werde die neue geschaeftseinteilung und das neue team der amtsfuehrenden stadtraete vorgeschlagen, erklarte gratz. (sti) (forts.)

1039

wiener gemeinderat: (2)

6 wien, 14.2. (rk) in der sitzung des wiener gemeinderates am mittwoch, die mit einer erklaerung des wiener buergermeisters begonnen wurde, (siehe gesonderte aussendungen) lagen eingangs ein antrag der oevp betreffend die einrichtung von raeumen fuer den gottesdienst in pensionistenheimen und ein dringlicher antrag der fpoe zur ueberpruefung

des planungsauftrages fuer die betriebsorganisaion des neuen akh durch das kontrollamt vor.

als gemeinderaete wurden hubert p f o c h (spoe), rosa h e i n z (spoe) und leopoldine p f a u s e r (spoe) angelobt.

zwischenrufe bei buergermeistererklaerung

bei der erklaerung des buergermeisters, dass die stadt wien wie auch andere gemeinden, keine ausreichenden gesetzlichen moeglichkeiten habe, um der grundstuecksspekulation entgegenzutreten und daher ein solches bundesgesetz notwendig sei, kam es zu heftigen zwischenrufen von seiten der oevp. man bestritt, dass fuer gemeinden nicht ausreichende moeglichkeiten in dieser hinsicht bestuenden und wies darauf hin, dass die entsprechenden vorschlaege und anfragen der oevp-fraktion von der mehrheitsfraktion nicht beantwortet worden seien. buergermeister gratz replizierte, dass in der frage der bodenbeschaffung ein wesentlicher gegensatz zwischen der haltung der oevp-fraktion im wiener gemeinderat und der oevp-fraktion im nationalrat bestehe. es erscheine aeusserst notwendig, diese beiden standpunkte auf einen nenner zu bringen. (forts) (may)

1134

wiener gemeinderat: (3)

gratz zu rechnungshof

7 wien, 14.2. (rk) im verlauf seiner ausfuehrungen kam buergermeister g r a t z auch auf die berichte des rechnungshofes zu sprechen. es sei nicht seine aufgabe erklarte gratz, zu untersuchen wie manche berichte des rechnungshofes an die oeffentlichkeit gelangen. bedauerlich ist jedoch, wenn der oevp-pressediens so einen schwachsinn meldet, dass ein spoe-politiker unterlagen weiter gibt, um einen anderen spoe-politiker zu schaden. so lange die oevp vor dem 6. mai auf dieses niveau der auseinandersetzung geht, stellt sich wirklich die frage, wie man am 7. mai noch miteinander reden kann.

./.

gratz erklarte weiter, er sei fest ueberzeugt, dass der praesident des rechnungshofes nichts von der weitergabe gewusst hat und sie auch nicht billigt. es geht ueberhaupt nicht um einen kampf gegen den praesidenten des rechnungshofes. im mittelpunkt der kritik muss die tatsache stehen, dass ein entwurf fuer einen bericht des rechnungshofes ohne gegendarstellung der beamten der stadt wien in einer zeitung so dargestellt wird, als sei es ein urteil des juengsten gerichtes. man kann nicht die anklage oeffentlich machen und die verteidigung vertraulich. gratz kuendigte an, dass es in 14 tagen eine oeffentliche enquete geben wird, in der sich saemtliche beamte, die von beginn des u-bahn-baues mitgewirkt haben, zu den anonymen vorwuerven aeussern koennen. ebenso wird dem gemeinderat der rechnungshofbericht mit einer gegendarstellung vorgelegt. ich bin von dieser vorgangsweise nicht begeistert, betonte gratz, es ist vielmehr eine notwehrmassnahme. besser waere es, wenn der rechnungshof als organ der gebarungskontrolle so taetig waere, dass jeder ueberzeugt ist, dass durch keinerlei indiskretion die notwendige taetigkeit des rechnungshofes zu einem instrument der politischen polemik missbraucht werden kann. (sei)

geehrte redaktion

..-.-.-.-.-

den vollen wortlaut der ausfuehrungen von buergermeister leopold gratz bringen wir als sonderdruck der 'rathaus-korrespondenz' in den naechsten tagen heraus. wir werden uns erlauben, ihnen diesen sonderdruck zu uebermitteln. weitere exemplare senden wird ihnen gerne auf wunsch zu.

presse- und informationsdienst
der stadt wien

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat: (4)

wahl der stadtraete

9 wien, 14.2. (rk) auf grund eines gemeinsamen a n t r a g e s aller fraktionen beschloss der gemeinderat e i n s t i m m i g eine besprechung der erklärung des buergermeisters im anschluss an die tagesordnung.

fuer die wahl von drei stadtraeten anstelle der bisherigen stadtraete boeck, heller und pfoch wurden von der sozialistischen partei johann h a t z l , josef v e l e t a und professor dr. helmut z i l k vorgeschlagen. einstimmig beschloss der gemeinderat die abstimmung mittels handerheben vorzunehmen.

abstimmung ueber die drei stadtraete: mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

nachdem die neuen stadtraete die amtsannahme erklaert und das geloebnis geleistet hatten, gelangte der vorschlag des buergermeisters auf bestimmung von zehn neuen verwaltungsgruppen die mit wirksamkeit vom 27. februar in kraft treten sollen zur abstimmung:

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

zur wahl der amtsfuehrnden stadtraete entsprechendden neuen geschaeftsgruppen durch den stadtsenat wurde die gemeinderatssitzung kurz unterbrochen (siehe gesonderter bericht). nach wiederaufnahme erfolgte die a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n . (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

erste sitzung des neuen stadtsenates
neue geschaeftseinteilung gilt ab 27. februar

8 wien, 14.2. (rk) nach der wahl der stadtraete im wiener gemeinderat trat der neue wiener stadtsenat mittwoch in einer beratungspause zu seiner ersten sitzung unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z zusammen. der buergermeister begruesste die neuen stadtraete h a t z l , v e l e t a und z i l k und stellte dann den antrag, fuer jede verwaltungsgruppe einen amtsfuehrenden stadtrat mit wirksamkeit vom 27. februar (nach der beschlussfassung der neuen geschaeftseinteilung im gemeinderat am 26. februar) zu bestellen.

die neuen amtsfuehrenden stadtraete und ihre verwaltungsgruppen sind:

franz nekula - personal und rechtsangelegenheiten

hans mayr - finanzen und wirtschaftspolitik

vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner - bildung, jugend,
familie

dr. helmut zilk - kultur und buergerdienst

univ.-prof. dr. alois stacher - gesundheit und soziales

univ.-prof. dr. rudolf wurzer - stadtplanung

peter schieder - umwelt und freizeit

johann hatzl - wohnen und staderneuerung

josef veleta - vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen,
konsumentenschutz

heinz nittel - strasse, verkehr und energie.

in der zwischenzeit, betonte der buergermeister, bleibt die alte geschaeftsgruppeneinteilung in kraft. er werde drei amtsfuehrende stadtraete mit der leitung der derzeit verwaisten geschaeftsgruppen betrauen.

vizebuergermeister dr. erhard b u s e k (cevp) gratulierte den neuen stadtraeten und sprach die hoffnung aus, dass eine gedeihliche zusammenarbeit moeglich sein werde. busek wiederholte allerdings auch seine auffassung, dass die neue geschaeftseinteilung nicht zwingend praktikabel sei und dass er grundsaeztlich andere vorstellungen habe.

der antrag des buergermeisters wurde mit den stimmen der spoe angenommen.

abschied vom alten stadtsenat

vor der gemeinderatssitzung trat der alte stadtsenat noch einmal zu einer sitzung zusammen. der buergermeister benuetzte die gelegenheit, um den scheidenden mitgliedern fuer ihre arbeit herzlich zu danken.

die neuen stadtraete

johann hatzl

johann hatzl wurde am 7. september 1942 als einziges kind einer wiener arbeiterfamilie (vater strassenbahner, mutter arbeiterin) in wien geboren. nach der hauptschule kam er 1956 als betriebs- und waggonschlosserlehrling in die simmering-graz-pauker ag, wo er nach abschluss der lehre zuerst als schlosser und dann als kontrollor im waggonbau taetig war. 1966 bis 1973 und 1976 bis 1977 war er sekretaer der landesgruppe wien im oesterreichischen jugendherbergsverband, zeitweise betreute er auch die landesgruppe niederoesterreich dieses verbandes. 1973 bis 1976 war er obmann der sozialistischen jugend oesterreichs.

johann hatzl trat 1957 der sozialistischen jugend und 1960 der sozialistischen partei oesterreichs bei. 1967 wurde er zum stellvertretenden bezirksobmann und 1975 zum bezirksobmann der spoe in simmering gewaehlt.

1969 wurde johann hatzl in simmering als bezirksrat, 1973 in den wiener landtag und gemeinderat gewaehlt. er legte dieses mandat zurueck, als er 1976 in den nationalrat berufen wurde. er ist in den ausschuessen fuer landesverteidigung, vefassung, verkehr, unterricht, rechnungshof und geschaeftsordnung taetig, er gehoerte ausserdem bis 1979 dem wiener stadtschulratskollegium an.

hatzl wurde am 14. februar 1979 im wiener gemeinderat zum amtsfuehrenden stadtrat der geschaeftsgruppe "wohnen und stadterneuerung" gewaehlt.

josef veleta

josef veleta, geboren am 16. april 1930 in wien, erlernte den beruf eines automechanikers. 1948 wurde er roentgenarchivar im

ambulatorium der wiener gebietskrankenkasse in der strogasse. 1955 wurde josef veleta, der seit seiner fruehen jugend in der sozialistischen bewegung taetig war und 1948 bezirksoobmann der sozialistischen jugend hernals wurde, zum wiener sekretaer der sozialistischen jugend gewaehlt. 1957 wurde er bezirkssekretaer der spoe in hernals, 1959 bezirksrat. 1965 waehlte ihn die bezirksvertretung von hernals einstimmig zum bezirksvorsteher.

josef veleta ist seit 1972 mitglied der bundesparteikontrolle der spoe und gehoert der wohnbaukommission der spoe an. seit 1974 ist er geschaeftsfuehrender vorsitzender des aufsichtsrates der wiener staedtischen versicherung. er gehoerte laengere zeit dem aufsichtsrat der gesiba und dem wiener vorstand des oesterreichischen verbandes der gemeinnuetzigen bau-, wohnungs- und siedlervereinigung an.

veleta wurde am 14. februar im wiener gemeinderat zum amtsfuehrenden stadtrat der geschaeftsgruppe "vermoegensverwaltung staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz gewaehlt.

dr. helmut zilk

helmut zilk, geboren am 9. juni 1927 in wien, absolvierte die lehrerbildungsanstalt und maturierte 1947. anschliessend war er bis 1958 an wiener pflichtschulen taetig, die letzten drei jahre am paedagogischen institut der stadt wien. 1958 bis 1966 war er professor fuer paedagogik an der bundeslehrerbildungsanstalt. dr. helmut zilk war ab 1955 staendiger mitarbeiter des orf, 1967 bis 1974 war er programmdirektor des fernsehens. seit 1974 ist er neben seiner fortgesetzten taetigkeit fuer den orf auch mitarbeiter der "kronen-zeitung".

helmut zilk ist seit 1946 mitglied des sozialistischen lehrervereins, im zentralverein der wiener lehrerschaft war er viele jahre lang obmann der paedagogischen sektion. er gehoert seit 1950 der spoe an.

zilk wurde am 14. februar 1979 vom wiener gemeinderat zum amtsfuehrenden stadtrat der geschaeftsgruppe kultur und buergerdienst gewaehlt. (pr)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat: (5)

diskussion zur buergermeister-erklaerung

10 wien, 14.2. (rk) als erster debattenredner bezweifelte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) die aussagen, dass die drei-monatige denkphase vor der umgestaltung des stadtseats noetig gewesen sei, beziehungsweise dass in dieser zeit die oeffentliche verwaltung nicht quasi gelaehmt gewesen sei. buergermeister gratz haben noch am parteitag am 1. februar in der stadthalle eine lange liste von aktionen erwaehnt, die in diesen drei monaten durchgefuehrt worden seien. unter anderem sei damals auch von einer grossaktion des magistrats zur brandsicherung in wien die rede gewesen. bei den heutigen ausfuehrungen des buergermeisters sei diese aktion nicht mehr erwaehnt worden.

hirnschall betonte, dass es ein gebot der fairness gegenueber den neuen stadtraeten sei, sie nicht bereits zu kritisieren, bevor sie ueberhaupt eine chance hatten, ihren arbeitswillen fuer diese stadt unter beweis zu stellen. allerdings lasse die personalpolitik der spoe grosses misstrauen als gerechtfertigt erscheinen. so habe die spoe erst vor drei monaten reinhold suttner zum praesidenten des wiener landtages gemacht, und zwar gegen den willen der opposition und der oeffentlichen meinung, nur um ihn drei monate spaeter wieder zu degradieren und ihn als eine art trostpflaster den posten eines flughafendirektors zu beschaffen. presseaeusserungen von buergermeister gratz und stadtrat mayr ueber die bereitschaft zur zusammenarbeit mit der oevp, ueber die aber erst nach dem 6. mai entschieden werden solle, lassen auch die befuerchtung realistisch erscheinen, dass es sich bei dem heute angelobten stadtsenat wieder um einen stadtsenat auf abruf handle. hier sei dringend eine klarstellung noetig.

hirnschall wies darauf hin, dass einige der heute angekuendigten programmunkte wohl nur fuer die spoe neu seien. so habe die fpoe fraktion im gemeinderat immer wieder die abkehr von der totalen administrierung des buergers, die dezentralisierung der verwaltung und die uebertragung ueberschaubarer kompetenzen an die bezirke

gefordert. die fpoe begrussse auch die ankuendigung, dass in zukunft buergermeister gratz sprechstunden in allen 23 bezirken abhalten werde. erstaunlicherweise habe buergermeister gratz aber noch in einer fernsehdiskussion knapp vor der wahl am 8. oktober die einfuehrung nur einer sprechstunde im rathaus als zu grosse arbeitsbelastung abgelehnt.

die fpoe hege auch grosses misstrauen, ob der austausch fast aller stadtraete in fuenf jahren - es gibt nur mehr zwei stadtraete aus der slavik aera - fuer den buerger jene konkreten ergebnisse bringen wird, die fuer ihn notwendig waeren. so habe die von der fpoe immer wieder kritisierte verpolitisierung der schule in wien trotz allen diesen aenderungen nicht nur nicht abgenommen, sondern sogar einen neuen hoehepunkt erreicht. einerseits seien von der spoe-oevp-koalition im wiener stadtschulrat vor kurzem oppositionelle kraefte von jeder mitarbeit in den sektionen etc. ausgeschlossen worden. andererseits sei eine auch von den medien aufgegriffene fragebogenaktion an wiener schulen und kindergaerten, bei der junge lehrer und kindergaertnerinnen auch nach ihrer politischen zugehoerigkeit gefragt wurden, nicht hinreichend aufgeklaert worden. wohl haetten der magistratsdirektor und die gewerkschaft oeffentlich bediensteter jede teilnahme an dieser aktion dementiert, aber sowohl der praesident als auch der vizepraesident des wiener stadtschulrates schwiegen bis heute dazu, obwohl ihnen die aufklaerung doch am leichtesten fallen muesse. (may) (forts)

1314

wiener gemeinderat: (6)

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

11 wien, 14.2. (rk) gegen aeusserungen von buergermeister gratz wandte sich stadtrat dr. m a u t h e (oevp). einen satz, wie auf der letzten wiener parteikonferenz gepraegt: "wir werden eine schlagkraft entwickeln, bei der der oevp noch hoeren und sehen vergehen wird", sollte ein parteiobmann im jahre 1979, der ja auch noch buergermeister einer europaeischen stadt ist, nicht sprechen. auf dieser konferenz fiel auch ein anderer satz: "mit dem extremsten gegenredner der letzten spoe-konferenz verbindet mich

tausendmal mehr als mit dem freundlichsten konservativen". sind die anderen, die nicht-parteiluecht-besitzer, die sogenannten konservativen, die nicht-spoewähler keine menschen, mit denen sie etwas verbindet, fragte stadtrat mauthe. im gegner nicht den andersmeinenden, sondern den andersglaebigen, den feind zu sehen, ist pure intoleranz. das entspricht dem denken einer partei, die nicht echt demokratisch, sondern nur formell demokratisch ist.

in dem nun vorgelegten katalog der spoefinden sich auch vernuenftige dinge, wie die verlaengerte fuehrung der linie o, die verlaengerung der linie 67 oder die ueberlegung, wahlen auch an wochentagen durchzufuehren. dieser bunte strauss an ideen hat nur den fehler, dass seine blumen zumeist nicht auf dem mist der spoegewachsen sind. die dezentralisierung der rathausbuerokratie, die aufwertung der bezirksvertretungen - das sind forderungen, die seit jahrzehnten von jener seite erhoben wurden, die von der spoeneuerdings "konservativ" genannt wird.

abschliessend erklarte dr. mauthe, dass die urbaneren und grosszuegigeren und also auch die liberaleren und also auch die in wahrheit fortschrittlicheren auf seite der oevp sitzen. als er, dr. mauthe, stadtrat wurde, hat keine bezirksdelegation den saal verlassen, wurde ihm nicht der vorwurf gemacht, dass er seine fruehere unabhaengigkeit nicht zugunsten der partei missbraucht haette und er hat auch keinen bundeskanzler gebraucht, der auf seite 1 des parteiorgans bestaetigen haette muessen, dass er eh ein anstaendiger mensch ist. (sei)

die wiener spoehat die kritik, die wuensche und anregungen der wienerinnen und wiener ernst genommen. sie wird danach in den kommenden jahren fuer wien und seine bevoelkerung arbeiten, stellte gr. johanna doehnal (spoe) fest. die diskussionsbeitraege der wienerinnen und wiener waren konstruktiv fuer die weitere arbeit der sozialisten in der stadt, und sie waren gleichzeitig eine klare ablehnung der oevp-politik. hoere man auf die oevp-strategen, die derzeit den ton angeben, so werde man den verdacht nicht los, dass es dieser partei gar nicht so sehr um die wirklichen probleme und beduerfnisse der menschen in wien geht, sondern viel mehr darum, den acht jahren der regierung kreisky endlich ein ende zu setzen. dass am 8. oktober 1978 viele menschen ihr wahl-

recht nicht ausuebten, taesucht nicht ueber die tatsache hinweg, dass die sozialisten eine mehrheit erhalten haben, wie in keiner anderen europaeischen stadt. die anschliessende diskussionsphase sollte fehler aufzeigen und neue anregungen bringen. von seiten der oevp waere es ein akt der fairness gewesen, diesen demokratischen prozess in ruhe abzuwarten. statt dessen kritisierte die oevp weiter und sie kritisierte dort, wo am leichtesten etwas auszusetzen ist. dort wo viel gearbeitet wird.

der oevp wird in den naechsten jahren mehr einfallen muessen als unmengen papier mit forderungen, die schon laengst erfuehlt sind oder einander widersprechen, zu beschreiben. beispielsweise forderte die oevp den abbau von oeffentlichen institutionen bei der kinder-erziehung und verlangt gleichzeitig, mehr kindergaerten. die kritik der oevp hat das wien-bild verzerrt, - die kritik der wienerinnen und wiener haben die sozialisten gehoert und ernst genommen. (ba)
1340

wiener gemeinderat: (7)

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

12 wien, 14.2. (rk) die behauptung von gratz in seiner regierungserklaerung vor vier monaten, dass damit alle voraussetzungen, fuer wien optimistisch und selbstsicher an die arbeit gehen zu koennen, gegeben sind, habe offenbar nicht gestimmt, erklarte vbgm. dr. b u s e k (oevp), sonst waere nicht jetzt eine zweite regierungserklaerung notwendig geworden. offenbar habe die geschaeftseinteilung von damals nicht entsprochen, offenbar haben einige stadtraete nicht entsprochen. und offenbar hat auch nicht der landtagspraesident suttner entsprochen, der jetzt durch pfoch ersetzt wird. das urspruengliche "programm der wiener", das angeblich alle wiener diskutiert haben, habe als arbeitsunterlage nur wenige monate gereicht, jetzt ist eine neue version erforderlich. es ist aber anzuerkennen, dass die spoe einiges dazugelernt hat: es sind jetzt im neuen programm gesichtspunkte enthalten, die frueher nicht da waren, und einiges wurde aus "pro wien" von der oevp uebernommen, so zum beispiel die frage der

dezentralisierung. wenn die spoe lernt, ist das kein fehler, denn demokratie ist ein lernvorgang. nur war der lernvorgang bei den sozialisten immer langwierig und teuer, wie etwa die frage der u-bahn und der vorortelinie, die zuerst von der oevp vorgeschlagen, von den sozialisten abgelehnt und nun auch von den sozialisten anerkannt wird.

demokratie ist auch diskussion. das neue programm wurde aber nicht von den wienern diskutiert, sondern von den sozialistischen funktionaeren und mitgliedern. wo sind die wiener geblieben? im neuen programm wird der buergermeister von der sozialistischen partei angewiesen, die neuen massnahmen anzuordnen. der wiener gemeinderat kommt dabei gar nicht vor. das ist mangelndes demokratiebewusstsein. man sollte doch den gemeinderat damit befassen.

(zwischenruf g r a t z : "was tun wir denn heute?") busek meinte, es sei ein altes problem der sozialisten, dass sie stets partei mit stadt gleichsetzen. das wird auch in ihren eigenen reihen kritisiert.

die heutige sitzung zeigt jedoch die sozialisten in dreierlei verlegenheit.

o in der verlegenheit mit personen. fuer die funktion eines stadtrates scheint es keine begeisterung zu geben. es soll zahlreiche absagen gegeben haben. die verlegenheit mit personen beweise auch die bereits vierte stadtratsmannschaft unter gratz.

o eine verlegenheit gibt es auch mit der geschaeftseinteilung, jetzt erfolgt ein vierter "feinschliff", weil es offenbar dafuer kein grundlegendes konzept gibt.

zahlreiche abteilungen werden seit jahren von einem stadtrat zum anderen geschoben. das ergebnis dieser konzeptlosigkeit duerfte sein, dass die volksnahe verwaltung ausgeblieben ist. im neuen programmpapier wird die uebertragung von zahlreichen agenden der zentralverwaltung an die bezirke bereits als vollzogen bezeichnet, in wirklichkeit ist sie noch ausstaendig. das schicksal der holding ist noch immer ungeklaert, machtansprueche scheinen noch nicht entschieden zu sein. die ungereimtheiten kommen auch in der bezeichnung der neuen geschaeftsgruppen und ihrer tatsaechlichen zustaeendigkeit zum ausdruck.

o schliesslich hat die spoe mit einer verlegenheit in der politik zu kaempfen: welche fassung der arbeitsprogramme gilt naemlich nun, eine bereinigte fassung waere fuer den gemeinderat sicher von grossem interesse.

im neuen programm wird nun weitgehende information der bevoelkerung schon im planungsstadium zwecks staerkerer mitsprache verlangt. die oevp hat aber nichts anderes verlangt. weiter wird ein neues netz der hilfsbereitschaft verlangt, wie das system der fuersorgeraete . ein vp-antrag dieser art wurde seit fuenf jahren immer wieder abgelehnt. auch um die dezentralisierte verwaltung der wohnhaeuser und gruenanlagen hat sich die oevp bemueht, nun steht es im neuen regierungsprogramm. ein versuch der dezentralisierten verwaltung soll nun in den bezirken 21. und 22. gestartet werden, leider gerade in bezirken, die das gar nicht gewuenscht haben. ein versuch auf zwei wegen, naemlich auch parallel in innenbezirken waere besser. die skizzierte vorgangswiese bei diesem versuch lasse die sorge aufkommen, dass neue verwaltungseinheiten entstehen, die gewissermassen eine zentralisierung braechten. davor moege rechtzeitig gewarnt sein.

jedenfalls lasse das neue programm einen gewissen lichtblick erkennen. es ist nur zu hoffen, dass den worten auch die taten folgen. es fehlen aber ansaetze zur weiterentwicklung der demokratie. wenn suttner, um dessen wirken noch vieles unklar ist, in den bundesrat kommt und auch ~~direktor~~ der flughafen-gesellschaft ft werden soll, wuerde das nicht den beabsichtigten unvereinbarkeitsbestimmungen entsprechen. man koenne nur rechtzeitig davor warnen.

abschliessend meinte busek, die sozialisten muessten zur kenntnis nehmen, dass die stadt nicht einer partei gehoert, sondern allen wienern und gemeinsam mit allen wienern ist es moeglich die anstehenden probleme zu loesen. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat: (8)

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

13 wien, 14.2. (rk) stadtrat dr. helmut z i l k (spoe) stellte fest, dass er sich eigentlich gewuenscht habe, seine erste rede vor diesem gremium dazu zu nuetzen, seine vorstellungen ueber seine zukuenftige amtstaetigkeit darzulegen. die ausfuehrungen seiner vorredner zwaengen ihn aber zu andersgearteten feststellungen. so muesse er betonen, dass er nicht zu einer art makulatur gehoere, die man als letztes gefragt habe, ob sie bereit sei, dieses amt zu uebernehmen. vielmehr habe er sich dazu bereitgefunden, aus dem willen, etwas fuer diese stadt zu tun. er sehe auch in dem hinweis seines vorredners mauthe ueber die liberalitaet nichts negatives. fuer ihn sei die sozialdemokratie immer die legitime verfechterin einer wahrhaft liberalen gesellschaft gewesen, zu der er sich hingezogen gefuehlt habe, weil sie vor allem die interessen der entrechteten und hilfsbeduerftigen vertrete. auch sehe er nichts prinzipiell trennendes im verhaeltnis zu mitgliedern des gemeinderates, wie etwa stadtrat mauthe, mit dem er immerhin vor etlichen jahren gemeinsam wahlfilme fuer die spoe gestaltet habe.

stadtrat zilk ging dann auf die ereignisse am ausserordentlichen parteitag der spoe ein. er stellte fest, dass es fuer ihn eher beunruhigend gewesen waere, wenn bei diesem ausserordentlichen ereignis nicht auch kritik an ihm geuebt worden waere. fuer ihn sei die sozialdemokratie immer eine partei der offenen diskussion gewesen, in der eben auch kritik in aller oeffentlichkeit geuebt werde. es sei seine aufgabe, durch seine zukuenftige arbeit jene minderheit, die kritik geuebt hat, zu ueberzeugen.

abschliessend stellte der neue kulturstadtrat fest, dass unter seiner leitung die kulturpolitik und der buergerdienst fuer alle wiener da sein werden, ebenso wie die gewaehlten mandatare aller fraktionen des gemeinderates fuer alle wiener zu sprechen haben.

(may) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat: (9)

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

14 wien, 14.2. (rk) die traute einigkeit zwischen oevp und fpoe in den letzten wochen ist offenbar die generalprobe fuer die zeit nach dem 6. mai, erklarte gr. e d l i n g e r (spoe). was die menschen von einer solchen zusammenarbeit erwarten koennen, zeigt sich am paradebeispiel graz. diese stadt stand im herbst 1978 vor dem finanziellen bankrott. seither wurden saemtliche gebuehren im einzelfall bis zu 150 prozent erhoehrt und die sachaufwendungen linear um 20 prozent gekuerzt. die folgen sind eine teilweise einstellung der schneeraeumung, in neuen wohngegenden gibt es keine muellabfuhr, 200 hochhaeuser haben keinen ausreichenden brandschutz, weil es kein geld fuer entsprechende feuerleitern gibt. ein vor den letzten wahlen gross angekuendigtes betriebsansiedlungsprojekt konnte nicht verwirklicht werden. der von der oevp-fpoe-koalition in graz angekuendigte weg nach vorne erwies sich als ein weg zurueck in eine zeit, in der die einrichtungen der gemeinde nur den reichen zur verfuegung standen. die sozialisten treten dagegen fuer eine gerechtere gesellschaft ein, die jeden, auch den sozial schwachen, individuelles glueck ermoeglicht. (sei) (forts.)
1508

wiener gemeinderat: (10)

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

15 wien, 14.2. (rk) an den personen der neugewaehlten stadtraete wolle die fpoe noch keine kritik ueben, umso mehr aber an der neuen ressorteinteilung, die sich durch besondere unausgewogenheit auszeichnet, stellte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) fest. einerseits wurden verwaltungsgruppen "wie die christbaeume" abgeraeumt, andererseits habe man mammutressorts geschaffen. bauer bezweifelte an diesem zusammenhang die zweckmaessigkeit der herausloesung der

vermoegensverwaltung aus dem finanz- und wirtschaftsressort. dies werde zweifellos zu mehrgleisigkeiten und nicht zur verwaltungsvereinfachung fuehren. stadtrat nittel sollte neben dem bisher schon nicht kleinen verwaltungsbereich der stadtwerke, des u-bahn-baus und der energiefragen nun auch noch alle verkehrsagenden uebernehmen. gleichzeitig ueberlege man, ob die verkehrsbetriebe nicht ausgesiedelt werden sollten. dies sei, so bauer, ein paradebeispiel unueberlegter politik.

auch die uebrigen resultate der sozialistischen denkpause seine keineswegs sensationell, sondern ein nachvollziehen von vorschlaegen der fpoe. die anregung fuer mehr mitspracherecht der bezirksvertretungen, das beschleunigungsprogramm fuer den oeffentlichen verkehr, die verknuepfung der vorortelinien mit der u-bahn und der schwerpunkt stadterneuerung seien bereits im kommunalprogramm der wiener fpoe 1973 enthalten gewesen.

zu den vorwuerfen der verschuldung der stadt graz stellte bauer fest, dass die pro-kopf-verschuldung in wien bei 9.576 schilling liege, in graz dagegen bei 5.225. in der letzten zeit von 1974 bis 1976 sei die pro-kopf-verschuldung in wien um 4,3 prozent in graz dagegen nur um 0,8 prozent gestiegen. alle ressorts in graz, die ein so hohes defizit aufweisen, unterstehen einem sozialistischen politiker. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

17 wien, 14.2. (rk) gr. h a h n (oevp) wies zunaechst darauf hin, dass im wohnbereich auf den neuen buergerdienst unter dr. zilk zahlreiche aufgaben zukommen, etwa der schutz von mietern vor preistreibereien der fa. aarglas oder vor spekulanten, die die alt-haeuser verfallen lassen, um die mieter zu vertreiben. in dieser hinsicht koennte mit ersatzvornahmen geholfen werden, doch reichen dafuer die im budget vorgesehenen 4 millionen im jahr nicht aus. der oevp-antrag um erhoehung auf 20 millionen wurde jedoch abgelehnt.

wenn nunmehr im spoe-programm die stadterneuerung vorrang genießt ist das ein einlenken auf eine jahrzehntelange oevp-forderung. die oevp hat immer die erhaltung des althaus-bestandes als besonders vordringlich angesehen. die eigentumswohnungen waren ein werk der oevp. die spoe schwor allein auf den gemeindewohnbau.

dass dies nicht genuegt, ist nun eine spaete erkenntnis der spoe. zur wirksamen stadterneuerung hat die oevp einen wohnhaus-erneuerungsfonds verlangt und einen haerteausgleichsfonds. beides wurde aber abgelehnt. ein weiterer oevp-antrag aus einem paket aus dem jahre 1974 verlangte eine wohnbedarfsprognose fuer die assanierungsgebiete. nunmehr gibt es zwar ansatzpunkte dafuer, aber keine finanzierungsvorstellungen. ein wunsch an den neuen wohnenstadtrat hatzl ist es sich mehr gegenueber den finanzstadtrat durchzusetzen. die stadt hat jedoch um 200 millionen wertpapiere erworben, statt - wie es die oevp vorschlug - 100 millionen fuer den wohnhauserhaltungsfonds, um 16 millionen mehr fuer ersatzvornahmen und um 20 millionen mehr fuer die gemeindebau-erhaltung einzusetzen.

interessant ist im neuen programm der abschnitt ueber den gemeindewohnbau: den bewohnern soll mehr selbstverwaltung angeboten werden. man muesste aber noch einen schritt weitergehen und den mietern die moeglichkeit geben, die gemeindebauwohnungen als eigentumswohnungen zu erwerben. das wuerde der stadt einnahmen /.

bringen. erstmals wird von den sozialisten auch die einzelabrechnung der wohnhausanlage erwogen. auch das ist eine alte oevp-forderung. damit wird man aber, wieder einen wohnhauserneuerungsfonds brauchen.

ein anderes problem wird im programm im zusammenhang mit einer modernen stadtgestaltung angesprochen. unter anderen wird der verdichtete flachbau als staedtische wohnform zur diskussion gestellt. dafuer boeten sich die wienerberg-gruende an. man koennte bauewilligen die gruende verkaufen.

hatzl wird eigentlich mehr macht haben als sein vorgaenger: er verliert die liegenschaften, bekommt aber den wohnbau. damit sollte ein konzept fuer die beschaeftigung der ftb und wibeba und anderen grossen und mittleren baufirmen erstellt werden. einzige loesung waere, schon zu jahresbeginn festzulegen, welche wohnbauvereine gefoerdert werden. die theoretischen grundlagen dafuer sind mit dem erstellten 5-jahres-wohnbauprogramm gegeben.

abschliessend nannte hahn die oevp-generallinie zur wenigstens teilweisen loesung der probleme: die wichtigsten punkte - wohnstarthilfe fuer jungfamilien bis zu 100.000 s, schaffung eines wohnhauserneuerungsfonds, einfuehrung von wohnbesitzbriefen, bessere finanzierungsform fuer den gemeindewohnbau, verstaerkter einsatz von bausparmittel, verwendung der 30-s-wohneihilfe fuer verstaerkte echte subjektfoerderung. (smo) (forts)

1643

wiener gemeinderat (12):

diskussion zur buergermeister-erklaerung (forts.)

18 wien, 14.2. (rk) stadtrat m a y r (spoe) meldete sich zu wort: der wohnhausbau werde in den naechsten jahrzehnten ein so grosses problem darstellen, dass dafuer alle geeigneten instrumente einzusetzen sind. geeignet seien aber nur massnahmen, bei denen man nicht nur geldmittel zur verfuegung stelle, sondern auch ueberlege, wie diese geldmittel wieder zurueckfliessen koennen. allein die erhaltung des althausbestandes muesse mit einem aufwand von mehr als zehn milliarden geschaezt werden. diese summe solle zeigen, dass hier mit scheinloesungen nichts auszurichten sei, sondern dass nur entsprechende grundlagen durch den bundesgesetzgeber eine loesung bringen koennten.

zum thema wohnbaufoerderung betonte stadtrat mayr, dass hier nicht mehr innerhalb des bestehenden systems reformiert werden koenne, sondern dass ein neues system gschaffen werden muss. auf einzelprobleme eingehend betonte stadtrat mayr, dass erfahrungsgemaess von den ersatzvornahmen 80 prozent in dem moment, in dem die behoerdliche aktion angedroht werde, vom hausherr selbst erledigt wuerden. fuer die verbleibenden 20 prozent stehen genug mittel zur verfuegung.

zum von gr. bauer angestellten vergleich der verschuldung der staedte graz und wien sagte stadtrat mayr, dass der vergleich so nicht richtig sei. erstens muesse man bei der verschuldung von graz auch einen aliquoten anteil der verschuldung des landes steiermark mitrechnen. zweitens entfaellt bei der verschuldung wiens mehr als ein drittel auf hypothekar- und wohnbaukredite, was bei graz nicht der fall sei, weil sich graz seit langem gemeinnuetziger wohnbaugesellschaften als bautraeger bediene. weiter lud stadtrat mayr gr. bauer dazu ein, die politische verantwortung etwa fuer eine strassenbahntarifregelung nach dem grazer vorbild in wien zu uebernehmen.

zum thema holding und wirtschaftspolitik fuehrte der stadtrat aus, dass er unter wirtschaftspolitik der stadt nicht nur verstehe, sich in einer art protektionismus um die eigenen betriebe zu kuemern. vielmehr muesse eine solche wirtschaftspolitik vor allem in den fragen der standortbestimmungen und der infrastruktur das gesamte stadtgebiet umfassen. es sei auch eine foerderung aller betriebe notwendig, vor allem im sinne der erhaltung der vollbeschaeffigung und der verbesserung der einkommen der unselbstaendigen. stadtrat mayr betonte weiter, dass in der letzten zeit im bereich der holding kein hoher beamter auf einen leitenden posten "gehievt" worden sei. bei der gruendung der holding sei wohl ein spitzenbeamter in eine leitende position berufen worden, ohne dass dies aber fuer den betroffenen wesentliche wirtschaftliche vorteile gebracht haette.

abschliessend verwahrte sich stadtrat mayr gegen die abwertende erwaernung von funktionaeren der spoe, die unter anderem im jahre 1950 dafuer gesorgt haetten, dass die demokratie in diesem lande ueberleben konnte. der stadtrat drueckte seine angst davor aus, dass im wahlkampf der naechsten monate ein niveau erreicht werden koennte, das einer sudelkueche mit persoenlicher diffamierungen gleiche und eine gespraechsbasis fuer die zeit nach der wahl in frage stelle. (may)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

dringlicher antrag

20 wien, 14.2. (rk) gr. h i r n s c h a l l (fpoe) stellte den dringlichen antrag, die vergabe des planungsauftrages fuer die betriebsorganisation des allgemeinen krankenhauses in der hoehe von 200 millionen sowie die bisher erbrachten leistungen der beauftragten firmen einer ueberpruefung durch das kontrollamt zu unterziehen.

gr. d i n h o f (spoe) stellte fest, dass eine dringlichkeit fuer den antrag nicht gegeben sei, da erstens buergermeister leopold gratz den kontrollamtsdirektor bereits mit der ueberpruefung der akpe beauftragt habe, und zweitens bisher nur ein teilauftrag in der hoehe von 122 millionen vergeben wurden. nach dem honorartarif der bundeswirtschaftskammer waere der auftrag mit 216 millionen schilling bemessen.

a b s t i m m u n g : die dringlichkeit wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. der antrag wurde zugewiesen. (ba) (schluss)

1710

die sozialisten bekennen sich vollinhaltlich zu den vorschlaegen des buergermeisters, erklarte gr. m a y r h o f e r (spoe). die aus den diskussionen der letzten monate entstandenen vorschlaege sind keine aenderungen des programms der wiener, sondern eine ergaenzung. die vorschlaege zeigen, dass die spoe kritik sehr ernst nimmt.

die umbildung des stadt senates ist durchaus legal, und eine solche umbildung geschieht auch in anderen politischen gremien immer wieder. die spoe freut sich, dass die oevp einige der stadtraete mit vorschusslorbeeren ueberhaeuft hat. allerdings hat die oevp diesen stadtraeten nicht zugestimmt. entweder hat dr. busek seine ansicht ueber die neuen stadtraete geaendert oder es war ihm nicht moeglich, seine ansichten durchzusetzen. (sei) (forts)

1704

wiener gemeinderat (13):

diskussion (schluss)

19 wien, 14.2. (rk) einen rueckblick ueber die amtszeit von verkehrs- und energiestadtrat franz nekula gab gemeinderat dkfm. a m m a n n (oevp). die fuehrung seines ressorts sei eine ankuen- digungspolitik ohne substanz gewesen. es gaebe keinen fuenf-jahres- plan fuer die wiener stadtwerke, kein sanierungskonzept und ob die verkehrsbetriebe aus den stadtwerken ausgeklammert werden, sei noch immer unklar. durch die buergermeisteridee eines u-bahn-s-bahn- zwitterns habe man wertvolle zeit fuer die planung der u 3 verloren. die sozialistische partei hat stadtrat nekula zwar noch vor kurzem ihr vertrauen ausgesprochen, doch heute stehe nekula "nicht mehr verkehrsfahig und ohne energie" da. als positiver aspekt fuer die stadt wien sei nun zu vermerken, dass die guten vorschlaege der oevp wie der bau der u 3 und die reaktivierung der vorortelinie nun doch verwirklicht werden. (ba) (forts)

1707

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (1):

fragestunde

21 wien, 14.2. (rk) die sitzung des wiener landtages begann unter vorsitz des zweiten praesidenten h a h n (oevp) mit der fragestunde:

1. a n f r a g e des labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) betreffend besserer polizeilicher ueberwachung der grossen u-bahn- und s-bahn-stationen. antwort von lhptm. g r a t z: die u-bahn-stationen werden von beamten mit hilfe von monitoren ueberwacht, ueberdies betreut die polizei die stationen von nahen wachzimmern oder von wachzimmern in den stationen selbst, wie am karlsplatz und ab fruehjahr auch die station stephansplatz. auch die polizeiliche ueberwachung der s-bahn-stationen erfolgt von nahen wachzimmern aus und ueberdies im rahmen von planquadrat-aktionen. auf die z u s a t z - f r a g e , ob im neuen marktgebäude landstrasse nicht ein neues wachzimmer fuer die s-bahn-ueberwachung haette gebaut werden koennen, antwortete gratz, dass die kostenfrage die polizei bewogen hat, auf die ueberwachung durch das nahe wachzimmer zurueckzugreifen.

2. z u s a t z f r a g e : war kein finanzieller weg moeglich? gratz: ausser dort, wo echte sonderaktionen - wie funkgeraete, raume fuer polizeischule - von der stadt wien finanziert werden, sollte man darauf bedacht nehmen, dass gebietskoerperschaften ihre kompetenzen selbst finanzieren.

2. a n f r a g e des labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) betreffend ausschluss der fpoe-fraktion von der mitarbeit in den sektionen des stadtschulrates. lhptm. g r a t z : die bestellung erfolgt nach der staerke der vertretung einer partei im landtag, nach dem d'hondtschen system entfiel auf die fpoe keine vertretung.

z u s a t z f r a g e : entspricht diese vorgangsweise dem sinn des schulgesetzes, da der fruehere stadtschulratspraesident doktor neugebauer ausdruecklich gemeint hat, die gesamtzahl der mitglieder sei so zu erstellen, dass auch die kleinste fraktion vertreten ist? gratz: ich habe den auftrag gegeben, dies zu ueberpruefen. die sektionen handeln echt an stelle des kollegiums, so dass es vielleicht nicht dem sinn des gesetzes entspricht. /.

3. a n f r a g e des abg. dkfm. b a u e r (fpoe), in wessen auftrag in kindergaerten und pflichtschulen fragebogen mit der frage nach der parteizugehoerigkeit verteilt wurden. lhptm. g r a t z : die untersuchung hat ergeben, dass keine staedtische dienststelle einen solchen auftrag gegeben hat. allerdings hat eine vertrauensperson der gewerkschaft in einem kindergarten in hernald die leiterin ersucht, fragebogen zu verteilen. die leiterin verteilte die formulare mit dem ausdruecklichen hinweis, dass der unterteil mit der frage nach der parteizugehoerigkeit nicht ausgefuellt werden soll. das taten auch die kindergaertnerinnen mit einer einzigen ausnahme, naemlich einer kindergaerterin, die mit einem fuehrenden fpoe-funktionaer verheiratet ist. in schulen wurden keinerlei derartiger frageformulare verteilt. auf die zusatzfrage, wieso in anrufen von verteilung in schulen gesprochen wird, wenn so etwas nicht organisiert worden sei, antwortete g r a t z : ich erklare eindeutig - von seiten der verwaltung wird ueberhaupt kein wert auf derartige fragen gelegt. 2. z u s a t z f r a g e : distanzieren sie sich? g r a t z : es wurde ausdruecklich darauf hingewiesen, dass die frage nicht zu beantworten ist. diese vorgangsweise war durchaus korrekt. es waere ueberhaupt besser, solche fragen aus karteien und formularen zu eliminieren. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (2):

fragestunde (forts)

22 wien, 14.2. (rk) 4. a n f r a g e von labg. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) wann die durchfuehrungsgesetze zur anwendung von volksbefragung, volksabstimmung und volksbegehren in wien erlassen werden. lhptm. g r a t z : der entwurf eines durchfuehrungsgesetzes zur anwendung der volksbefragung wurde bereits von der zustandigen magistratsabteilung ausgearbeitet und vorgelegt und zwar am 5. jaenner 1979 zur pruefung durch gratz, den zustandigen stadtrat etc. er wird derzeit zur begutachtung vorbereitet und in kuerze ins begutachtungsverfahren gehen. der entwurf fuer das durchfuehrungsgesetz zur anwendung der volksabstimmung wird derzeit von der ma 62 ausgearbeitet. 1. z u s a t z f r a g e : buergermeister gratz hat bereits am 15. februar 1978 die einfuehrung von zwei volksbefragungstagen im jahr zu verschiedenen themen angekuendigt. steht der buergermeister noch zu dieser ankuendigung? lhptm. g r a t z : der buergermeister steht zu dieser ankuendigung. sie darf aber nicht in dem sinn missverstanden werden, dass mit gewalt mindestens zwei volksbefragungstage im jahr durchgefuehrt werden muessen. es sollen im gegenteil bei vorliegen entsprechend vieler antraege auf volksabstimmung und volksbefragung diese auf zwei volksbefragungstage konzentriert werden, um eine demokratie-muedigkeit der bevoelkerung zu vermeiden. 2. z u s a t z f r a g e : wann soll das erstemal ein solcher volksbefragungstag stattfinden und zu welchem thema? lhptm. g r a t z : wenn die oben erwaehten gesetze beschlossen sind und entsprechende antraege vorliegen.

5. a n f r a g e : labg. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp), warum der initiativantrag der wiener volkspartei betreffend die einfuehrung der briefwanl in wien, der in der sitzung des landtages vom 27. november 1978 eingebracht wurde, nicht innerhalb der zwingend vorgeschriebenen frist von zwei monaten dem zustandigen ausschuss in behandlung genommen wurde. stadtrat s c h i e d e r : paragraph 34 abs. 3 der geschaeftsordnung des landtages schreibt vor, dass ein solcher antrag innerhalb der frist von zwei monaten

der behandlung zugefuehrt werden muss, nicht, dass die beratung bereits stattgefunden haben muss. der in frage stehende antrag traf am 4. 2. 1979 im buero der geschaeftsgruppe inneres und buerger-service ein. damit sei es eine auslegungssache, wann die zwei-monatefrist zu laufen beginnt. der antrag wurde rechtzeitig innerhalb der frist am 22. 1. dem zustaendigen ausschuss zur behandlung weitergeleitet und als post 1 auf die tagesordnung der naechsten ausschuss-sitzung gesetzt. es wurde ordnungsgemaess vorgegangen.

1. z u s a t z f r a g e : raeumt stadtrat schieder bei diesem vorgehen saeumigkeit ein und warum wurde der vorgesehene ausschusstermin abgesetzt? stadtrat s c h i e d e r : saeumigkeit wird nicht eingeraeumt wie obige darstellung erklaert. die behandlung des antrages ist erst nach der annahme der neuen geschaeftsordnung moeglich, die am heutigen tag erfolgte. aus diesem grund wurde die ausschuss-sitzung vom vorgesehenen termin, dem 13. februar, auf den 20. februar verlegt. 2. z u s a t z f r a g e : wird die spoe-fraktion der briefwahl naeher treten? stadtrat s c h i e d e r : das ist nicht bekannt. der stadtrat wird ihr empfehlen, es nicht zu tun.

6. a n f r a g e von labg. dr. s t r u n z (oevp), warum es noch immer keine luftreinhalteverordnung fuer wien gibt, obwohl solche luftqualitaetskriterien schon seit einiger zeit in anderen bundeslaendern erlassen wurden. bereits 1971 wurde eine luftreinhaltenovelle als feuerpolizeigesetznovelle erlassen. da sich bei der folgenden verhandlung ueber den schwefelgehalt von brennstoffen probleme mit den kompetenzen von bund und laendern herausstellten, wurde die entsprechende vorlage vorlaeufig zurueckgestellt. ein entwurf fuer eine novellierung des paragraph 12 des oelfeuerungsgesetzes wurde am 6. februar 1979 der magistratsdirektion uebermittelt. damit duerfte wien mit den anderen bundeslaendern gleichgezogen haben. es sei aber zu beachten, dass nur ein kleiner bereich dieser materie in die kompetenz der laender falle, das andere sei bundessache. 1. z u s a t z f r a g e : wann wird die grenzwertverordnung, die von buergermeister gratz bereits zweimal und zwar im november 1978 und heute angekuendigt wurde, da sein. stadtrat s c h i e d e r : unmittelbar nach inkrafttreten der oben erwaehnten verordnung. 2. z u s a t z f r a g e : wann wird es in wien einen smogalarmplan geben, der umso notwendiger erscheint, /.

als am exelberg bereits mehrere male der von der akademie der wissenschaften festgelegte grenzwert von 0,5 milligramm schwefel pro kubikmeter luft ueberschritten wurde. stadtrat s c h i e d e r : auf grund der verfassung ist das land nur fuer angelegenheiten des hausbrandes zustaendig, waehrend gewerbebetriebe und andere gross-emittenten bundessache seien. ein smogalarmplan koenne also von wien nur erstellt werden, wenn die gewerbebetriebe etc. freiwillig die derzeitige rechtssituation nicht ausnuetzen. (may) (forts)
1846

wiener landtag (3):

fragestunde (schluss)

23 wien, 14.2. (rk) auf die 7. a n f r a g e des labg. prof. z o e r n e r (oepv), wie weit der entwurf einer datenschutzverordnung fertiggestellt ist, antwortete stadtrat s c h i e d e r , dass eine landesarbeitsgruppe bestehend aus vertretern nieder-oesterreichs, oberoesterreichs, salzburgs, steiermarks und wiens eingesetzt wurde. die erste sitzung fand am 22. jaenner dieses jahres statt und am 28. februar wird in einer weiteren sitzung geprueft, ob die verordnung als verwaltungsverordnung oder als rechtsverordnung gelten soll. auf die z u s a t z f r a g e , wann die wiener datenschutzkommission mit der verordnung befasst wird, antwortete schieder, dass die datenschutzkommission vor der erlassung der verordnung - die gesetzlich vorgesehene frist endet am 1. juli 1980 - befasst wird. auf eine 2. z u s a t z f r a g e , ob dies als sichere zustimmung aufzufassen ist, antwortete schieder mit "ja".

auf die 8. a n f r a g e des labg. h a b e r l (spoe), ob in wien bei der massenaufzucht von huehnern unhaltbare zustaende bestehen, antwortete stadtrat schieder, dass zwei betriebe in wien huehner in kaefigen halten. es hat erste gespraechе mit tier-schuetzern, der wiener landwirtschaftskammer und der ma 60 gegeben. es wird eine entsprechende verordnung angestrebt, die die tierhaltung in kaefigen zwar nicht verbietet, jedoch die haltung von tieren mit bestimmten auflagen verbindet. noch im fruehjahr dieses jahres wird ein betrieb, der huehner in kaefigen huet, besichtigt. /1

auf die z u s a t z f r a g e , wann mit einer entsprechenden verordnung zu rechnen ist, antwortete schieder, "wenn alles gut laeuft, im herbst dieses jahres".

auf die 9. a n f r a g e des labg. d i n h o f (spoe), welche haltung die stadt wien zu der steuerreformkommission einnimmt, antwortete stadtrat m a y r , dass wien zwei vertreter in die steuerreformkommission geschickt hat. die vertreter wiens werden vorschlaege unterstuetzen, die fuer die stadt wien als abgabepflichtiger verwaltungstechnische vereinfachungen bringt. weiter werden die verterter der stadt wien trachten, dass die durch den finanzausgleich beschlossene aufteilung der finanzmasse keine veraenderung erfahrt. auf die z u s a t z f r a g e , ob fuer die wiener stauern eine eigene reformkommission eingesetzt wird, erklarte mayr, dass die wiener stauern nicht von der gleichen komplexitaet sind wie die bundessteuern. es hat bereits eine kommission fuer die vergnuegungssteuer gegeben. man sollte die erfahrungen der nun eingesetzten reformkommission abwarten und dann entscheiden, ob eine eigene wiener kommission eingesetzt werden soll. auf eine 2. z u s a t z f r a g e , ob die getraenkesteuer reformiert wird, erklarte mayr, dass die fremdenverkehrswirtschaft den wunsch vertritt, die getraenkesteuer vom einkaufspreis und nicht vom verkaufspreis zu berechnen. es erhebt sich die frage, ob es fiskalisch gerecht ist, fuer eine flasche sekt, die im lebensmittelgeschaeft gekauft ist, die gleiche steuer zu bezahlen, als fuer eine flasche sekt, die in einem barbetrieb gekauft wird. die derzeitige regelung beruecksichtigt die sehr verschiedenen spannen zwischen dem verkauf in einem lebensmittelgeschaeft oder den verkauf in einem barbetrieb. folgt man dem vorschlag der fremdenverkehrswirtschaft und wollte man die neuregelung aufkommensneutral gestalten, muesste man die getraenkesteuer von derzeit zehn prozent auf 25 prozent anheben. (sei)

10. a n f r a g e : von labg. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp): welche auftraege im rahmen des krankenanstaltenwesens bisher an die firmen consultatio, oekodata, bzw. arge-kostenrechnung vergeben wurden.

stadtrat s t a c h e r : die anfrage betrifft rechtsgeschaefte die von der gemeinde wien getaetigt werden und ist daher nicht

im Landtag, sondern in der fragestunde des gemeinderates oder stadt-senates zu beantworten.

11. a n f r a g e : von labg. b u s t a (spoe) : ob das wiener krankenanstaltengesetz neuerlich novelliert und wieder ver-lautbart wird.

stadtrat s t a c h e r : ja, er habe die magistratsab-teilung 16 veranlasst, eine neuerliche novellierung, die mehrfach administrative vereinfachung vorsieht, und dem neuesten stand der medizin angepasst ist, auszuarbeiten. (ba)

1854

wiener Landtag (4):

wahl des ersten Landtagspraesidenten

24 wien, 14.2. (rk) fuer die wahl eines neuen ersten praesiden-ten des Landtages wurde von der sozialistischen fraktion hubert p f o c h (spoe) vorgeschlagen. dem vorschlag, die wahl mittels handerheben vorzunehmen, wurde zugestimmt. die wahl pfochs erfolgte mit den stimmen der spoe und fpoe.

der neue erste praesident uebernahm den vorsitz im Landtag und verband den dank fuer das ihm bewiesene vertrauen mit der zu-sicherung, die uebertragene aufgabe objektiv und gewissenhaft auszuueben.

dann stand die entsendung zweier bundesraete fuer die bis-herigen wiener bundesraete adolf c z e t t e l und rosa h e i n z, die ihr mandat zurueckgelegt haben, zur verhandlung. von der sociali-stischen fraktion wurden kurt h e l l e r und reinhold s u t t -n e r vorgeschlagen, fuer deren ersatzleute die abgeordneten leopold m a y r h o f e r und johanna d o h n a l (beide spoe).

mit dem hinweis, dass eine wortmeldung wegen einer entsendung in den bundesrat ungewoehnlich sei, eroeffnete labg. professor z o e r n e r (oevp) die debatte. in diesem fall sei es, suttner betreffend, notwendig. es gaebe niemand in der stadt, dem irgend-wer glaubhaft machen koenne, dass bei einem betriebsverlust von 14 milliarden, wie beim bauring, der aufsichtsratsvorsitzende nichts gewusst habe. bedingt durch die gemeinsame abstimmung koenne die oevp auch nicht fuer heller stimmen. die gruende fuer die ab-lehnung suttners:

1. es ist den abgeordneten nicht zumutbar, innerhalb weniger monate den ersten praesidenten des landtags nach belieben und laune zu wechseln. haetten die sozialisten gleich pfoch zum praesidenten vorgeschlagen, haette die oevp zugestimmt.

2. es ist zu vermuten, dass der besitz eines mandats als immunitaetsschutz noch eine rolle spielen koennte.

3. suttner habe gegenueber zeitungsen festgestellt, er fuehle sich im rathaus von einer mafia umgeben. dies blieb unwidersprochen, und suttner hat dazu bis heute keine weiteren aussagen gemacht. auch die geplante nominierung suttners zum flughafendirektor sei der bevoelkerung nicht zumutbar. und schliesslich entspreche die beabsichtigte doppel funktion suttners nicht des unvereinbarkeitsvorschlaegen.

labg. ing. h o f m a n n (spoe) erklarte, dass mit dieser debatte ueber einen personalvorschlag die oevp von der handhabung der demokratie abgehe. sie wirft damit eine ungeschriebene gepflogenheit der parlamentarischen demokratie ueber bord, die ablehnung einer person lediglich bei der abstimmung auszudruecken.

die sozialistische fraktion hat zwei personen fuer den bundesrat nominiert, von denen sie ueberzeugt ist, dass sei gute interessenswahrer dieses landes sind. kurt heller hat zwanzig jahre diesem haus angehoert, und in dieser zeit hat sich die stadt stark zum vorteil ihrer bewohner entwickelt. auch fuer den zweiten vorschlag, suttner, gilt die ueberzeugung, dass er ein umsichtiger anwalt der interessen wiens im bundesrat sein wird. das ist gleichzeitig ein bekenntnis zur person reinhold suttners, der jahrelang aus parteipolitischen gruenden einer diffamierungskampagne ausgesetzt ist. hofmann warnte vor einer eskalierung der politischen auseinandersetzung in einer weise, wie sie zu den februarereignissen 1934 gefuehrt hat. die politischen auseinandersetzungen sollten ohne persoenliche diffamierung ausgetragen werden. nach den wahlen am 6. mai sollte noch die moeglichkeit fuer eine gemeinsame basis des miteinanderredens vorhanden sein.

a b s t i m m u n g : die entsendung von heller und suttner in den bundesrat wurde mit den spoe-stimmen a n g e n o m m e n .

mit einem dank an die ausgeschiedenen mitglieder des bundesrates fuer ihr wirken und glueckwuensche fuer die neuen mitglieder schloss pfoch die sitzung. (smo) (ende)

L o k a l :

=====

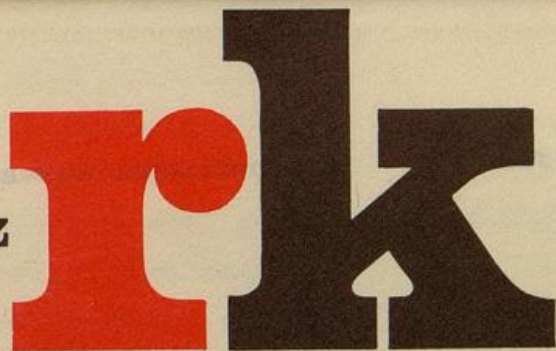
falsche 'schwarzkappler' in zivil

5 wien, 14.2. (rk) seit einigen tagen treiben falsche kontroll-
lore in zivil auf strassenbahnzuegen und staedtischen autobussen
ihr unwesen. sie geben sich als zivilkontrollore aus und heben
'mehrgebuehren' ein. in diesem zusammenhang weisen die verkehrs-
betriebe nachdruecklich darauf hin, dass kontrollorgane der ver-
kehrsbetriebe in zivil am rock- oder mantelaufschlag beim einsteigen
ein dienstabzeichen tragen oder dieses bei ihrer kontrolltaetigkeit
unaufgefordert vorweisen. ausserdem ist jedes kontrollorgan zusaetz-
lich im besitz einer dienstlegitimation, die auf verlangen vorge-
wiesen wird. (ka)

1045

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 14. Februar 1979

Sonderdruck

BERICHT

VON

BÜRGERMEISTER LEOPOLD GRATZ

IN DER

SITZUNG DES WIENER GEMEINDERATES

AM

14. FEBRUAR 1979

Bericht von Bürgermeister Gratz
=====

Wien, 14.2. (RK) "Vor fast genau drei Monaten, am 13. November 1978, habe ich anlässlich meiner Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt Wien in diesem Saal hier erklärt:

'Gerade in der Kommunalpolitik, wo der hautnahe Kontakt des Bürgers mit der ihn persönlich betreffenden Politik stattfindet, gibt es für Politik und Parteien die große Chance, die Menschen für die politischen Vorgänge - seien sie jetzt im Bezirk, seien sie in der Stadt - zu gewinnen und diese Menschen in diese Vorgänge noch stärker als bisher einzubeziehen. Wir Sozialisten beginnen deshalb auch eine große Diskussion innerhalb unserer Partei und unserer Mitglieder, aber auch darüber hinaus mit allen Bürgern dieser Stadt. Diese breite Diskussion wird uns die Möglichkeit geben, noch mehr als bisher die Sorgen und Wünsche, die Ideen und Vorschläge der Menschen dieser Stadt in unsere Politik einzubeziehen.'

Diese Diskussion, die ich vor drei Monaten mit einem persönlichen Aufruf eingeleitet habe, ist nunmehr abgeschlossen. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, die schriftliche Unterlage, die Ihnen vorliegt, als Teil meines Berichtes zu betrachten, den ich Ihnen über das Ergebnis der Diskussion und über die daraus abgeleiteten Konsequenzen erstatten werde.

Dieser Bericht enthält zugleich die Antwort auf die dringliche Anfrage, die von Gemeinderäten der Österreichischen Volkspartei am 29. Jänner dieses Jahres an mich gerichtet worden war, wobei ich festhalten möchte, daß diese Antwort nicht nur termingerecht, sondern bereits nach knapp mehr als zwei Wochen erteilt wird. Die Antwort muß naturgemäß etwas ausführlich sein, weil in der schlichten Formulierung der dringlichen Anfrage vom 29. Jänner in Wirklichkeit die Frage nach der Tätigkeit der Amtsführenden Stadträte während der letzten fünf Jahre gestellt wurde.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Versuch einer solchen kurzen Zusammenfassung.

Es bedeutet keineswegs eine Unterschätzung oder Zurückstellung anderer Fragen, wenn ich aus der Vielfalt der kommunalen

Arbeit in den vergangenen ebenso wie in den kommenden Jahren einige Schwerpunkte besonders hervorhebe.

Die Arbeit für eine Stadt besteht aus vielen tausenden, ja zehntausenden Details, die sich zu einem Mosaik zusammenfügen müssen. Aber wie sich in jedem Mosaik Linien und Konturen im Gesamtbild abzeichnen, so ergeben sich auch im Mosaikbild der kommunalen Arbeit einige Faktoren, die besonders hervortreten, weil sich für die Entwicklung der Stadt und für die Menschen in unserer Stadt von besonderer Bedeutung sind.

Schwerpunkte in diesem Sinne waren und sind vor allem fünf Bereiche unserer Arbeit: Es sind dies die Wirtschaft, die Wohnungsfragen, die Gesundheit, das Sozialwesen, der Verkehr und große Gruppen der Kultur- und Freizeitaktivität.

Zum Ersten: Meine Damen und Herren, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung bildet die Basis für alle anderen Leistungen der Stadt. Unsere Arbeit auf diesem Gebiet mußte in den vergangenen Jahren, genauer gesagt seit dem Jahre 1974, der Tatsache Rechnung tragen, daß es zu einem Einbruch der internationalen Konjunktur-entwicklung gekommen ist.

Seit dem Jahre 1974 gibt es in der Weltwirtschaft ernste Krisenfaktoren, die bisher noch nicht beseitigt werden konnten. Das am deutlichsten und am schwersten wiegende Kennzeichen dafür **ist, daß es** in den Industriestaaten der Welt seit dem Jahre 1975 permanent zwischen 15 und 20 Millionen Arbeitslose gibt, im Durchschnitt der Jahre etwa 17 Millionen.

Diese internationale Krisensituation bedeutet natürlich auch für Österreich und für Wien eine Belastung. Unsere Wirtschaft ist naturgemäß entsprechen unseren Ressourcen und Möglichkeiten aufs engste mit der Weltwirtschaft verknüpft. Jede Veränderung in der internationalen Wirtschaftslage wirkt sich unmittelbar auf unsere Wirtschaft aus. Es ergab sich daher beim ersten Anzeichen einer negativen Entwicklung in der Weltwirtschaft die vorrangige Aufgabe, die Auswirkungen dieser Krisenerscheinungen auf unsere Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Dabei wurde von der Bundesregierung und in voller Übereinstimmung damit auch von der Stadt Wien die Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus zum wichtigsten Ziel der Wirtschaftspolitik erklärt. Diese Richtlinie wurde festgelegt, weil ein hohes Beschäftigungsniveau zweifellos

das wesentliche Kennzeichen einer gesunden Wirtschaft und die entscheidende Grundlage für eine positive Weiterentwicklung ist. Denn nur auf der Basis hoher Beschäftigung können sich Produktion und Produktivität entfalten. Aber es ging uns, meine Damen und Herren, bei dieser Prioritätenentscheidung noch um mehr. Es ging uns vor allem um die humanistische Verpflichtung, alles zu tun, damit jedem Menschen ein Arbeitsplatz gesichert wird, den er selbst als angemessenen Platz in unserem Sozialgefüge empfindet. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß diese Vorstellung beträchtlich über den Begriff der numerischen Vollbeschäftigung hinausgeht, und daß wir von der Verwirklichung dieser Zielsetzung noch entfernt sind. Wir müssen sie jedoch konsequent und zielstrebig verfolgen, und die Voraussetzung dafür, wie ich sagte, ist ein hohes Beschäftigungsniveau, aus dem allein sich Wettbewerbschancen für den einzelnen ergeben können und aus dem allein auch der Ausbau unseres Bildungssystems auf dem Sektor der Allgemeinbildung, besonders des berufsbildenden Schulwesens und der universitären Bildung vertretbar ist.

Ob wir in Österreich und ganz besonders in Wien dieses Ziel, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten, erreicht haben oder nicht, das kann nicht Gegenstand von Diskussionen sein. Die Tatsachen sind klar. Während es in den meisten anderen Industriestaaten eine anhaltend hohe Zahl von Arbeitslosen gibt, wurden in Wien und in Österreich in der Beschäftigungsstatistik Rekordzahlen erreicht. Im vergangenen Jahr lag die Arbeitslosenrate in Wien durchschnittlich bei 1,4 Prozent. International bezeichnet man eine durchschnittliche Arbeitslosenrate mit 2 Prozent, die sich aus natürlichen Fluktuationen und Schwankungen ergibt, als Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenrate in Wien lag etwa um ein Drittel unter diesem Wert.

Diese erfreuliche Tatsache ist kein Zufall. Unsere Wirtschaftspolitik, damit meine ich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien. Beide hatten daran einen entscheidenden Anteil.

Ich möchte aber auch mit allem Nachdruck feststellen, daß sich in diesen Jahren der internationalen Krise die Wiener Wirtschaft als gesund und kräftig erwiesen hat. In den Zeiten der Hochkonjunktur wurde diese Wiener Wirtschaft oft kritisiert, weil die

Zuwachsraten etwas niedriger waren als anderswo. Die besondere Struktur der Wiener Wirtschaft, des Wiener Arbeitsmarktes und der örtlichen Gegebenheiten haben damals dazu geführt, daß der allgemeine stürmische Aufschwung in Wien etwas langsamer war als anderswo, aber ein wesentlicher Teil dieser Faktoren hat umgekehrt dazu geführt, daß die Auswirkungen der internationalen Krise besser abgefangen werden konnten. Die Wiener Wirtschaft hat sich als ebenso stabil wie auch flexibel erwiesen, aber eine ganz besondere Voraussetzung zur Entfaltung diese Qualitäten bot hier die Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits kurze Zeit nach meiner Wahl zum Wiener Bürgermeister im Jahre 1973 einen Wiener Wirtschaftsbeirat gebildet. Dieser Wirtschaftsbeirat mit seinen Ausschüssen ist ein Forum, in dem die Wiener Stadtverwaltung mit den Vertretern der Wirtschaftspartner und mit den Wirtschaftswissenschaftlern zusammenarbeitet, um Gedanken und Hinweise für die Wiener Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Man kann heute feststellen, daß sich dieser Wiener Wirtschaftsbeirat als ein wertvolles Instrument erwiesen hat. Er hat vor allem auch wesentlich dazu beigetragen, daß in Wien ein sehr gutes Klima der Zusammenarbeit in wesentlichen Wirtschaftsfragen besteht.

So konnten wir in der vergangenen Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates seitens der Stadtverwaltung wesentliche Impulse zu einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geben. An erster Stelle steht dabei die Budgetpolitik der Stadt Wien. Wir haben nicht auf jene Ratgeber gehört, die uns angesichts der internationalen Krisenerscheinung eine restriktive Budgetpolitik vorgeschlagen haben, die von uns Sparbudgets wollten. Wir haben eine offensive Budgetpolitik betrieben, wir haben Abgänge in den Vorschlägen auf uns genommen, und nur damit war es möglich, daß wir als großer Auftraggeber in Wien und darüber hinaus auch in anderen Bundesländern zur Belebung der Wirtschaft, zum hohen Beschäftigungsniveau beitragen konnten. Dadurch war es auch möglich, in bestimmten schwierigen Situationen branchenorientiert und zielstrebig einzugreifen, um Engpässe zu überwinden.

Die Ausgaben der Stadt Wien für Investitionen und für den Erhaltungs- und Sachaufwand erwiesen sich als wichtiger Konjunkturfaktor.

Darüber hinaus haben wir unser Instrumentarium der Wirtschaftsförderung wesentlich ausgebaut. Unsere Bemühungen um Betriebsansiedlungen fanden in mehr als 17.000 Arbeitsplätzen ihren Niederschlag. Die direkte finanzielle Förderung wurde mit deutlichem Erfolg von Zinsenzuschüssen auf ein Prämiensystem umgestellt und außerdem wesentlich erweitert, namentlich in den Bereichen der Nahversorgung und gewisser Dienstleistungen, wie der privaten Kindergärten und beim Fremdenverkehr.

Besonders gefördert wurde die Umstellung auf umweltfreundliche Betriebsarten und die Übersiedlung umweltstörender Betriebe in Industriezonen.

Wir haben diese Arbeit in den letzten Wochen sehr energisch weiterentwickelt, also gerade in jener Zeit, von der manche Kommentatoren und auch manche Politiker der Opposition meinten, es geschehe jetzt nichts, weil nur diskutiert werde. Gerade in dieser Zeit wurde ein zusätzliches Wirtschaftsförderungsprogramm nicht nur ausgearbeitet, sondern mit seiner Verwirklichung bereits tatkräftig begonnen. Wir wissen nämlich eines: So wirksam unsere Maßnahmen in den vergangenen Jahren waren, so notwendig ist es, im gleichen Sinne weiterzuarbeiten.

Alle unsere Maßnahmen auf dem Wirtschaftsektor erfolgen in voller Übereinstimmung mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, also auch insbesondere mit dem zweiten Strukturprogramm der Bundesregierung, das im Jänner vorgelegt wurde. Die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre wären durch die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Stadtverwaltung allein nicht zu erreichen gewesen. Der parallel dazu laufenden Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kommt deswegen allergrößte Bedeutung zu.

Das zweite Schwerpunktthema ist das Gebiet des Wohnens. In der letzten Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates konnten wir entsprechend dem Arbeitsprogramm einige wichtige Neuerungen und Akzentverschiebungen vornehmen, von denen ich folgende hervorhaben möchte:

1. Haben wir den Schwerpunkt von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung verlegt, damit es kein Mißverständnis gibt: Diese Schwerpunktverlagerung kann nicht bedeuten, daß die Schaffung neuer Wohngebiete am Stadtrand gänzlich aufgegeben wird. Wir werden diese Bautätigkeit auch in Zukunft brauchen - weil die Erneuerung

der alten Wohngebiete vielfach bedeutet, daß es infolge der Auflockerung der Bebauungsdichte, vor allem mit Grünanlagen, und infolge der wesentlichen Erhöhung der Durchschnittsgröße der Wohnungen auf dem gleichen Raum weniger Wohnungen gibt. Für diese ziffernmäßig wegfallenden Wohnungen muß Ersatz geschaffen werden - und das kann eben nur geschehen, wo genügend Baugebiete zur Verfügung stehen. Die Frage kann also nicht lauten: Stadterneuerung oder Stadterweiterung, denn - wie ich bereits sagte - beides ist in sinnvollem Maß notwendig. Es kann nur darum gehen, welche der beiden Aufgaben im Vordergrund steht - und in dieser Hinsicht wurde eindeutig der Stadterneuerung der Vorrang gegeben. Dabei umfassen unsere Arbeiten zur Erneuerung der veralteten Wohngebiete teilweise ganze Zonen, wie etwa den Spittelberg oder das Assanierungsgebiet Ottakring, seit neuestem zum Beispiel auch den sogenannten Storchengrund, teilweise aber auch einzelne Häuser oder Häuserblöcke, allein im 15. Bezirk, der eine besonders ungünstige Struktur besitzt, mehr als tausend Wohnungen.

2. Haben wir im Einvernehmen mit den Maßnahmen der Bundesregierung die Wohnungsverbesserung auf eine neue Basis gestellt und damit einen durchschlagenden Erfolg errungen. In der vergangenen Arbeitsperiode wurden mit dieser Aktion rund 50.000 Altwohnungen verbessert. In diesem Zusammenhang nur eines: Die Wohnungsverbesserung ist ein eklatantes Beispiel für die besondere Bedeutung einer aktiven Presse- und Informationstätigkeit. Die Aktion der Wohnungsverbesserung ist recht zäh und langsam angelaufen, es gab im Jahre 1974 knapp mehr als 2.000 Anträge mit einer Gesamtsumme von 186 Millionen Schilling. Wir haben uns daraufhin zu einer umfassenden Informationskampagne mit Pressekonferenzen, Zeitungsinserten, Rundfunkinformationen und Broschüren entschlossen, wobei uns auch die an der Aktion beteiligten Sparkassen wirksam geholfen haben. Das Ergebnis war überzeugend: Noch im Jahre 1975 wurden mehr als 7.000 Anträge mit einer Gesamtsumme von 532 Millionen Schilling registriert, 1976 waren es mehr als 10.000 mit einer Gesamtsumme von 752 Millionen Schilling. Wir konnten also durch diese Informationskampagne die Zahl der Anträge auf das Fünffache erhöhen. Wir haben ähnliche Erfahrungen auch in anderen Bereichen gemacht, zum Beispiel bei den Sozialdiensten - und ich bin überzeugt davon, daß noch immer in vielen Fällen unsere Einrichtungen der

praktischen Hilfe von Menschen, die sie benötigen würden, nur deshalb nicht in Anspruch genommen werden, weil diese Menschen über die Existenz dieser Einrichtungen nicht informiert sind. Jede noch so gute Einrichtung ist wertlos, wenn sie nicht bekannt ist, hier liegen auf dem Sektor der Informationstätigkeit noch große Aufgaben vor uns.

Zurück zur Wohnungsverbesserung. Die Entwicklung zeigt, daß sich nun die Zahl der Anträge auf etwa 9.000 im Jahr einpendelt, wir haben uns jetzt zu einer Erweiterung entschlossen - auch innerhalb der Diskussionsphase in der angeblich nichts geschehen ist - nämlich zur verstärkten Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen, im Sinne der Bestrebungen, mit Energie sparsamer umzugehen.

3. Haben wir im Jahre 1974 als verstärkte Subjektförderung das neue System der Wohnbeihilfen geschaffen, da es auch sozial Schwächeren erlaubt, modernen Wohnkomfort in Anspruch zu nehmen.

4. Haben wir eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen gesetzt, die eine Verbesserung der Situation bedeuten. Ich möchte hier nur die neue Bauordnung erwähnen, die vor allem im Bereich des Wärme- und Schallschutzes wesentliche Verbesserungen brachte. Außerdem die Erprobung neuer Wohnformen, wie Terrassenwohnungen, Maisonetten, Wohnungen auf verschiedenen Ebenen sowie Alten- und Behindertenwohnungen, ferner die verstärkten Bemühungen um eine zeitgemäße architektonische Gestaltung unserer Bauten und schließlich die Forcierung der Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen verschiedenster Art.

5. Die Basis für Stadterneuerung und Stadterweiterung, aber auch für die gesamte übrige Bautätigkeit, für die Errichtung von Schulen und Kindergärten, von Pensionistenheimen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, von Häusern der Begegnung und von Sportplätzen ist die Sicherung der dafür nötigen Grundstücke. Die Stadt Wien hat zur Bewältigung dieser Aufgabe eine offensive Grundstücks politik betrieben. In der vergangenen Arbeitsperiode des Wiener Gemeinderates wurden mehr als neun Millionen Quadratmeter Grund erworben. In insgesamt 688 Transaktionen wurden im Stadtgebiet mehr als drei Millionen Quadratmeter Grund um rund 1,3 Milliarden Schilling gekauft. Außerhalb Wiens, vor allem im Wienerwald und in den Quellschutzgebieten, wurden weitere sechs Millionen Quadratmeter Grund um rund 160 Millionen Schilling gekauft. Von den in Wien erworbenen Flächen sind rund 24 Prozent für den Wohnbau, 18

Prozent für Bauten der Infrastruktur, 16 Prozent für die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels, sieben Prozent für den Straßenbau bestimmt. Der Rest entfällt auf Betriebsbaugelände, Bauerwartungsland und Grundreserven.

Wir haben, und das möchte ich mit allem Nachdruck betonen, diese offensive Grundstückspolitik unter äußerst schwierigen Voraussetzungen durchgeführt. Dabei spielt eine ausschlaggebende Rolle, daß keine ausreichenden Möglichkeiten bestehen, um der Grundstücksspekulation entgegenzutreten.

Ich habe einige Male bereits im Gemeinderat erklärt, daß eine Gemeindeverwaltung - sei sie jetzt Wien oder die irgend einer anderen Stadt - mit ihren eigenen rechtlichen Mitteln nicht in der Lage ist, das Problem, den Widerspruch zwischen der Forderung nach Planungstransparenz und der Forderung nach der Hinderung von spekulativen Privatinitiativen zu lösen.

Und dazu existiert ein zweiter Widerspruch, der mir leider nicht auflösbar erscheint. Auf der einen Seite fordert die Österreichische Volkspartei, zwar unkonkret, sondern eher nach dem Motto: "Es muaß was g'schehn" hier im Gemeinderat energische Maßnahmen gegen die Bodenspekulation. Und zur gleichen Zeit verhindert sie im Nationalrat das Zustandekommen des Gesetzes.

Wenn man die Österreichische Volkspartei hier im Haus über die Grundstücksspekulanten reden gehört hat, dann konnte man meinen, die ÖVP sei eine Linkspartei geworden, die sich weit von der Bewahrung des Privateigentums entfernt hat. Wenn wir uns das, was Ihre Redner gesagt haben, angehört haben, konnten wir zu der Meinung kommen, hier sei aus dem Saulus ein Paulus geworden.

wenn jedoch im Nationalrat ein Gesetz eingebracht wird, das den österreichischen Gemeinden erlaubt, gegen die Grundstücksspekulation vorzugehen, dann hört man es auf einmal anders. Dann ist das ein Anschlag auf die Demokratie, auf die Gesellschaftsordnung, auf das Eigentum und alles mögliche. Bitte, meine Herren, vielleicht könnten Sie sich einmal mit Ihrer Nationalratsfraktion auf ein gemeinsames ideologisches Programm einigen. Dann wäre es angenehmer für Sie, zu argumentieren.

Zum dritten Schwerpunkt, Gesundheit und Soziales. In der vergangenen Arbeitsperiode wurde nach einer umfassenden Analyse der bestehenden Situation ein Spitalsplan und dann ein Gesundheitsplan für Wien vorgelegt. Diese Konzepte für die weitere Arbeit fanden Zustimmung und bilden seither die Richtlinien für die Tätigkeit auf dem Sozial- und Gesundheitssektor.

Ich will hier nicht auf die vielen Details der Arbeit eingehen - vom Ausbau der Gesundenuntersuchungsstellen bis zur Schaffung des Ärztefunknachtdienstes, von den Aktionen in den Kindergärten und Schulen bis zur Ausstattung der Krankenhäuser mit Notstromaggregaten. Ich möchte nur einige wichtige Dinge im Gesundheitswesen besonders hervorheben.

Im Spitalswesen wurde eine neue Organisationsstruktur geschaffen, die eine besondere Effizienz sichert. Einer der letzten Schritte in diesem Rahmen war der Start der Bettenvermittlung auf EDV-Basis, die nun schrittweise ausgebaut wird. Damit wird es möglich, eines der organisatorisch schwierigsten Probleme in den Griff zu bekommen.

Ein Markstein in der Geschichte des Wiener Spitalswesens war die Eröffnung der neugebauten Krankenanstalt Rudolfstiftung, ein modernes Großspital mit rund 900 Betten. Dieses nunmehr abgeschlossene Projekt wird in den Dimensionen nur noch vom Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit den Universitätskliniken übertroffen. Gemeinsam mit der Bundesregierung ist es gelungen, diesen Großbau auf eine neue organisatorische Basis zu stellen, um nun eine raschere Fertigstellung unter optimaler Anpassung an die sich ständig weiter entwickelnden Anforderungen zu sichern.

Als zweites möchte ich hier besonders hervorheben, daß wir das in früheren Jahren besonders drückende Problem des Mangels an Pflegepersonal zwar noch nicht völlig überwunden haben, aber weitgehend entschärfen konnten. Die Voraussetzungen dafür waren die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und neben anderen Faktoren auch die Bereitstellung von mehr Personalwohnungen.

Als drittes auf diesem Sektor will ich hervorheben, daß wir uns gerade in den letzten Jahren verstärkt um die Versorgung der Bevölkerung mit praktischen Ärzten bemüht haben.

Wir haben einerseits eine Entlastung der praktischen Ärzte eingeleitet, nämlich durch den Einsatz der mobilen Schwestern und durch den bereits erwähnten Funk-Nachtdienst; andererseits haben wir verschiedene Aktionen zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten eingeleitet. Es ist ein beachtlicher Erfolg, daß es innerhalb der beiden letzten Jahre gelungen ist, die Niederlassung von 62 jungen praktischen Ärzten zu erreichen.

Als viertes möchte ich schließlich hervorheben, daß wir uns auch verstärkt um die Förderung der medizinischen Forschung bemühen. Das kommt nicht nur in der Unterstützung der verschiedensten Aktivitäten zum Ausdruck, sondern vor allem auch in der Schaffung eines speziellen Fonds. Dieser Fonds hat zwar die Kritik der Opposition ausgelöst, ebenso aber auch die Zustimmung der medizinischen Fachwelt.

Auch was den weiten Bereich der sozialen Einrichtungen und Aktivitäten betrifft, möchte ich nicht über die Vielfalt der Details berichten - ob das nun den Bau spezieller Wohnungen für Senioren und Behinderte oder die Einrichtung und Öffnung der Jugendzentren betrifft, die Schaffung von mehr als 50 neuen Kinderspielplätzen oder die vielen Aktionen für die Zeit der Schulferien, die nicht nur in Wien Anerkennung gefunden haben.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Sozialdienste weitestgehend ausgebaut und zahlreiche neue Dienste geschaffen, wie etwa den Kontaktbesuchsdienst, den Wäschepflegedienst, den Reinigungsdienst und den Reparaturdienst. Heute haben wir ein so umfassendes System sozialer Dienstleistungen, daß wir sagen können, für tausende Menschen wurde eine große humanistische Tat gesetzt. Diesen Menschen kann der Wunsch erfüllt werden, länger in ihrer gewohnten Umgebung, nämlich in ihrer eigenen Wohnung, zu bleiben.

Ebenso sorgen wir natürlich für jene, die lieber in ein Pensionistenheim übersiedeln wollen. Zwar sind wir noch nicht in der Lage, alle Wünsche in dieser Richtung kurzfristig zu erfüllen, aber es wird daran gearbeitet. Der Beweis dafür sind fünf neue Pensionistenheime, die in den letzten Jahren fertiggestellt wurden. In Zukunft wird diese Tätigkeit sogar verstärkt werden.

Der vierte Schwerpunkt, auf den ich hingewiesen habe, ist wohl das schwierigste Problem aller Großstädte, nämlich das Verkehrswesen. Das Problem ist in einer alten, in Jahrhunderten gewachsenen Stadt wie in Wien natürlich besonders groß, weil die Straßen und die ganze Konzeption der Stadt nicht für den Autoverkehr angelegt sind. Am Beispiel der viel jüngeren amerikanischen Großstädte sehen wir aber, daß auch diese Städte dem Autoverkehr nicht gewachsen sind, weil es eine wirklich autogerechte Stadt nicht geben kann. Je älter jedoch eine Stadt ist, desto weniger entspricht sie naturgemäß den Anforderungen des modernen Verkehrs.

Es gibt keine grundsätzlichen und umfassenden Gesamtlösungen für dieses Problem. Wir haben uns deshalb bemüht, mit hunderten Einzelmaßnahmen Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs zu erhöhen.

Bei der Beurteilung aller Maßnahmen muß man sich allerdings eines vor Augen halten: Die Zahl der Autos ist seit 1973 ständig gestiegen. 1973 waren in Wien 385.000 PKW angemeldet, jetzt sind es 450.000. Während die Zahl der PKW um 20 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der jährlichen Unfälle mit Personenschaden mit etwa 7.000 gleich geblieben. Die Zahl der Verkehrsunfälle und der Unfallopfer - das möchte ich sagen - ist aber dennoch bestürzend hoch, und allein das muß ein Motiv sein, sich verstärkt diesen Problemen zu widmen.

Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs möchte ich sagen, daß dem Bau der U-Bahn dabei natürlich besondere Bedeutung zukommt. In erster Linie, weil die U-Bahn für die Fahrgäste bedeutet, daß sie schneller und pünktlicher ans Ziel gelangen, als mit einem anderen Verkehrsmittel, das inmitten des Autoverkehrs fahren muß. In zweiter Linie, weil diese Entflechtung natürlich auch dem Autoverkehr zugute kommt.

Wir konnten den ersten Abschnitt des U-Bahn-Grundnetzes, die Strecke zwischen Reumannplatz und Karlsplatz, am 25. Februar vorigen Jahres vorfristig in Betrieb nehmen. Die Verlängerung dieser Linie bis zum Stephansplatz wurde wesentlich früher in Betrieb genommen als ursprünglich geplant, nämlich am 18. November vorigen Jahres, anstatt erst im heurigen Jahr.

Da ich gerade von der U-Bahn spreche, erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine weitere Bemerkung. Es wird nämlich

bereits wieder von vielen, die den Rechnungshofbericht nicht kennen, der U- Bahn-Bau als nächster großer Skandal betrachtet. Erlauben Sie mir, dazu Stellung zu nehmen.

Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie Rechnungshofberichte an manche Zeitungen gelangen. Ich möchte jedoch feststellen, daß ich den Schwachsinn des ÖVP-Pressedienstes, nämlich, daß hier ein SPÖ-Politiker Unterlagen, die gegen einen anderen sprechen, weitergegeben hat, nicht einmal dementieren will, sondern nur eindeutig als solchen bezeichnen. Wobei immer, wenn etwas ein so grober Unsinn ist, nicht ein Mandatar der ÖVP bereit ist, seinen Namen dafür herzugeben, sondern das jener Mann macht, der seine Objektivität in gewissen Funktionen beim ORF gelernt hat. Ich beschäftige mich aus einem Grund damit: Wenn schon jetzt, so lange vor dem 6. Mai, die ÖVP auf diese Ebene der Auseinandersetzung geht, dann frage ich mich wirklich, wer am 7. Mai noch miteinander reden soll.

Nun zum Bericht des Rechnungshofes. Es ist, wie gesagt, nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie dieser an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich möchte auch sagen, daß ich persönlich hundertprozentig davon überzeugt bin, daß der Präsident des Rechnungshofes, den ich persönlich noch aus meiner Abgeordnetenzzeit her kenne, sowohl als Oppositionspolitiker, wie als Minister, als Klubobmann und als Landeshauptmann, daß der Präsident des Rechnungshofes von dieser Weitergabe der Informationen weder gewußt, noch sie angeordnet hat und daß er sie auch nicht gebilligt hätte, wenn er davon gewußt hätte. Das ist also kein Kampf gegen den Präsidenten des Rechnungshofes. Um nach der Logik vorzugehen: Wahrscheinlich werden jene fünf Kritisierten, die das bekommen haben, damit nicht als erste zu der Zeitung laufen, die grundsätzlich alles skandalisiert. Also müssen die Informationen von woanders herkommen.

Ich bin der Meinung, daß Waffengleichheit herrschen soll. Und ich bin der Meinung, daß nicht auf dem Wege über eine Zeitung die einen die anonymen Ankläger sein sollen und die anderen bereits die bösen Verbrecher, bevor der, der das Urteil zu sprechen hat, sich damit befaßt hat, nämlich der Landtag und der Gemeinderat. Ich werde deshalb, wenn es schon nicht mehr vertraulich ist, dafür sorgen, daß es für alle nicht mehr vertraulich ist, und werde in 14 Tagen eine Enquete einberufen, in der sich sämtliche Beamte der Stadt Wien,

die seinerzeit geplant haben und die dazu nicht einmal befragt wurden, auch in aller Öffentlichkeit zu den anonymen Vorwürfen äußern können. Dann haben wir die Waffengleichheit.

Ich werde selbstverständlich, wie es im Artikel 127 b der Bundesverfassung steht, dem Gemeinderat den Bericht des Rechnungshofes mit den Gegendarstellungen der Verwaltungsdienststellen vorlegen, aber ich werde den Verwaltungsdienststellen Gelegenheit geben, ihre Gegendarstellung in Form einer öffentlichen Enquete in Konfrontation mit denen, die das kritisieren, zu äußern.

Ich möchte in allem Ernst noch eines dazu sagen. Sosehr ich, wie gesagt, diese öffentliche Konfrontation im Interesse der Beamten, die sich ja irgendwie wehren müssen, herstellen muß, damit nicht nur die Anklage öffentlich ist und man sich jetzt aussucht, was man herausklaubt, während die Verteidigung vertraulich bleiben muß, weil man das den Beamten nicht antun kann, die sich redlich bemüht haben, etwas Großartiges zu schaffen, sosehr möchte ich aber auch sagen, daß ich an sich von der Vorgangsweise nicht begeistert bin. Ich fasse sie als eine Notwehrmaßnahme auf, weil ich nämlich glaube, daß bei diesen ganzen öffentlichen Diskussionen, die jedesmal sofort stattfinden, und aus der Tatsache, daß jeder sofort mit ungeheurer politischer Motivation aus etwas Großartigem, nämlich aus der Verwaltungskontrolle, eine Art Kriminalmacht, dann etwas passiert: Daß die Funktion des Rechnungshofes in Vergessenheit gerät, die, wie ich deutlich sagen möchte, im Interesse der politischen Verantwortlichen liegt, nämlich, daß eine dauernde Gebarungskontrolle existiert.

Ich bin überzeugt: Im U-Bahn-Bericht sind, wie in jedem Verwaltungskontrollbericht, noch dazu bei einer so gigantischen Bau- und Planungssache, die über eineinhalb Jahrzehnte gegangen ist, natürlich Unzukömmlichkeiten enthalten, deren Aufdeckung auch im Interesse der Verwaltungsspitzen notwendig ist. Nur, meine Damen und Herren, wenn das Ganze beim ersten Anzeichen kriminalisiert wird, kann ich nicht mehr sagen: Und jetzt gehen wir brav auf die Einzelheiten ein, während in der Öffentlichkeit die Hälfte der planenden Beamten als Verbrecher hingestellt wird. Das geht dann nicht mehr, und davor habe ich Angst!

Es geht mir darum, daß wir ein Organ der Gebarungskontrolle haben, von dem jeder weiß, daß es sich durch keine Indiskretionen, durch keine Art von Parteinahme als Instrument der politischen Polemik mißbrauchen läßt. Darf ich Ihnen, unabhängig von allen Tagesfragen, sagen, daß die Tatsache, daß Österreich schon zur Zeit der Monarchie, schon zur Zeit der Staatsgrundgesetze einen Staatsrechnungshof hatte, der in der Staatsrechtsgeschichte zu einem der großen Vorbilder in Europa gehört, daß die Tatsache, daß dieser Rechnungshof nicht Organ der Regierung ist, weder ein Organ der Landesregierung, wenn er ein Land prüft, noch gar der Bundesregierung, sondern daß er bei Prüfung von Bundesbehörden dem Nationalrat verantwortlich ist und bei Prüfung eines Landes oder einer Gemeinde dem Landtag beziehungsweise dem Gemeinderat, daß diese Tatsache etwas ganz Großartiges ist.

Aber diese Rechnungshofkontrolle ist an sich etwas so Notwendiges im Interesse aller Verwalter, daß man sie nicht dadurch, daß man sagt: Jetzt klauben wir uns etwas heraus, als politische Waffe aufs Spiel setzen darf. Wenn der Bericht dann fertiggestellt und im Landtag ist, ist er natürlich in dem Sinn eine politische Waffe, als jeder, der an der Spitze steht, für das verantwortlich ist, was in seinem Verwaltungsbereich geschieht. Das ist das Prinzip der politischen Verantwortung. Aber vorher so zu tun, als ob hier ein inappellabler Richter käme, der bereits den Stab gebrochen hat, das könnte eine Einrichtung entwerten, auf die wir alle gemeinsam stolz sein sollten. Ich bitte noch einmal, diesen Appell in aller Ernsthaftigkeit zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderats! Ich möchte jetzt noch als Fünftes die Einrichtungen der Freizeit und der Kultur erwähnen. Eine Fülle von Einzelmaßnahmen.

Ich weiß schon, das liegt im Wesen einer Opposition, daß es leichter ist, aufzustehen und nur zu sagen: Es muß etwas geschehen. Aber der, der verwaltet, muß das Ganze dann in eine Fülle von Einzelmaßnahmen zerlegen. Und das geht eben in Wien von neuen Theatern bis zum Hallenstadion, von der Neuordnung der Festwochen bis zu den Häusern der Begegnung, von neuen Sportplätzen und Rundturnhallen bis zu neuen Bädern. Und gerade hier wurde auch bewiesen, daß wir entschlossen sind, neue Wege zu

gehen, ob es nun die Frage der neuen Hallenbäder war, ob es aber ganz besonders auch der Bereich der Kultur ist.

Ich möchte jetzt über diesen riesengroßen Bereich, über dessen Definition man schon zu diskutieren beginnen könnte, weil wir eben der Meinung sind, daß Kultur weit über den Freizeitbereich hinausgehen soll und hinausgegangen ist, nur eines sagen: Wenn Sie nur die Wochenendbeilagen irgendeiner Wiener Zeitung, ob es "Presse", "Kurier", "Arbeiter-Zeitung" oder "Kronen-Zeitung" ist, ansehen und vergleichen, was es jetzt an kulturellen Aktivitäten gibt, ob es die kleinen Theater unter dem Strich sind, ob es Galerien oder Ausstellungen sind, und damit vergleichen, wie viele es vor zehn Jahren gegeben hat, dann werden Sie sehen, daß sich hier in Wien eine ganze Menge ereignet hat. Es ist ein großer Schritt nach vor gemacht worden.

Ich möchte, wie gesagt, nicht über die Anzahl der gepflanzten Bäume und Sträucher, über den großen Block im E-Werk Simmering für die Stromversorgung, über die kommende Fertigstellung der Großkläranlage und der Wasserleitung aus der Mitterndorfer Senke sprechen, ich möchte darüber keine Details sagen, auch nicht einmal darüber, daß in den fünf Jahren der Vergangenheit, über die Sie gefragt haben in Ihrer dringlichen Anfrage, die Südost-Tangente, das Kurzentrum Ober-Laa, der Neubau der Floridsdorfer Brücke und eine große Palette von Leistungen vorzuweisen sind.

Man kann feststellen, daß die großen Leistungen in unserer Stadt, die ja gemeinsame Leistungen der Wiener und Wienerinnen sind, niemand ableugnen kann, weil sie erfreulicherweise nicht theoretische Überlegungen, sondern sichtbar und spürbar sind.

Es ist auch, glaube ich, darauf hinzuweisen, gerade im Zusammenhang der Eröffnung des Donaupark-Zentrums für die Vereinten Nationen, daß allen gemeinsam etwas gelungen ist: Dieses Wien ist, ohne seine Position auf der Landkarte zu verändern, von einer Endstation, ich möchte sagen, in einer Sackgasse des freien Europa, wieder zu einem Begegnungsplatz Mitteleuropas geworden, und zwar nicht nur durch Appelle an die traditionelle Brückenrolle in der Vergangenheit, sondern auch durch eine sehr bewußte Politik sowohl der geistigen wie auch der materiellen Investitionen in dieser Rolle Wiens als Begegnungszentrum - eine Rolle, zu der sich alle, die in dieser Stadt wirtschaftlich und politisch tätig sind, bekannt haben.

Mit diesen Leistungen, die ich aufgezählt habe, die gemeinsam von allen Wienern und Wienerinnen, von der Stadtverwaltung, von unseren Mitarbeitern vollbracht wurden, will ich - und damit komme ich zur Diskussion - die bestehenden Schwierigkeiten weder leugnen noch verwischen. Natürlich bestehen in einer großen Stadt mit mehr als 1,6 Millionen Menschen Probleme und Schwierigkeiten, und oft ist es so: wenn eine Aufgabe gelöst wird, ergeben sich daraus sofort neue. Wenn ein neues Spital, ein Kinderheim oder ein Pensionistenheim fertig wird, existiert bereits die Frage, ob das Personal vorhanden ist. Wenn Sie für eine wichtige Straße die Verkehrsbedingungen verbessern, muß man fragen, wie sich das auf die Verkehrsverhältnisse rundherum auswirkt.

Und noch eines: Wir sind stolz auf die großen Projekte, die wir realisieren. Aber dabei muß man sofort darauf achten, daß diese großen Leistungen nicht für viele Menschen Ärgernisse mit Kleinigkeiten bedeuten, wie zum Beispiel die Frage des Lärmschutzes bei neugeschaffenen Tangenten.

Als Ergebnis möchte ich daher sagen: Das Wesentliche ist, daß wir wegen unserer Konzentration auf große, faszinierende Aufgaben, die das Bild der Stadt prägen, nicht vergessen, wie wichtig die sogenannten Kleinigkeiten für das tägliche Leben der Menschen in unserer Stadt sind, weil sie oft darüber entscheiden, ob sich der Mensch in seiner Heimatstadt wohlfühlt oder nicht.

Ich habe schon am 13. November hier über diese und andere Faktoren gesprochen, die mich veranlaßt haben, zu einer großen Diskussion aufzurufen. Drei Monate sind seither vergangen, und ich kann feststellen: Diese Diskussion wurde durchgeführt, und ich bin auch persönlich stolz darauf, wie sie verlaufen ist, weil tausende Menschen mit großem Ernst und durchaus auch mit kritischem Engagement an dieser Diskussion teilgenommen haben. Das war ein eindrucksvolles Bekenntnis zur politischen Mitarbeit, das heißt, zur Demokratie in unserer Stadt Wien.

Aber bevor ich über das Ergebnis der Diskussion spreche, möchte ich auf eine Sorge der Opposition und mancher Kommentatoren eingehen, die auch in der mündlichen Begründung der dringlichen Anfrage zum Ausdruck gekommen ist. Es haben sich nämlich viele den Kopf zerbrochen, ob diese Diskussions- und Nachdenkphase eine Unterbrechung der Arbeit bedeuten könnte.

In der Sitzung am 13. November habe ich gesagt, daß die Richtlinie für die Arbeit das Programm der Wiener ist. Es wurde in dieser Diskussionszeit das Budget geschaffen, das die Grundlage ist, um dieses Programm in diesem Arbeitsjahr in die Tat umzusetzen. Wenn es eine Pause gewesen wäre, dann hätten wir keine Zeit gehabt, dieses Budget mit einem Umfang von 300 Seiten auszuarbeiten. Das Budget für dieses Jahr und die mittelfristige Finanzplanung für die kommenden fünf Jahre sind Arbeitsgrundlagen, die der wirtschaftlichen Situation angemessen und realistisch sind und die auch die Schwerpunktpolitik zum Ausdruck bringen. Ich möchte darauf hinweisen, daß das Sozialbudget seit dem Jahre 1974 von 367 auf 1.020 Millionen Schilling erhöht wurde, daß für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten heuer 1.300 Millionen und für den Wohnungsbau 2.300 Millionen Schilling aufgewendet werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dieser Nachdenkphase aktiv an Verbesserungen der wirtschaftspolitischen und budgetpolitischen Vorstellungen gearbeitet wurde. Im Programm der Wiener wurde der Bau von 30.000 Wohnungen für unsere Bürger angekündigt. Inzwischen wurden neue Möglichkeiten der Wohnbaufinanzierung überlegt und konnte das ursprüngliche Programm erweitert werden, so daß 36.300 neue Wohnungen finanziert und 40.000 alte Wohnungen verbessert werden können.

Aus diesen kurzen und knappen zusammenfassenden Darstellungen, die ich Ihnen vortragen konnte, kann ich daher die Anfrage, ob die Amtsführenden Stadträte ihre ressortmäßigen Aufgaben zufriedenstellend erfüllt haben, mit ja beantworten. Zur ergänzenden Frage, warum eine Umbildung des Stadtsenats vorgenommen wird, erkläre ich Ihnen nochmals, daß sich eben, wie immer im Leben, Veränderungen ergeben, Veränderungen, die die Österreichische Volkspartei auch vorgenommen hat, wobei diejenigen, die nach einer langen Tätigkeit für die Stadt Wien aus den aktiven Funktionen ausscheiden, weiterhin in unserem Freundeskreis sitzen und unsere Politik mitbestimmen - was man im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der ÖVP wahrlich nicht sagen kann.

Die weitere Frage, ob ich bereit bin, ressortmäßige Agenden zu übernehmen, erledigt sich von selbst. Diese Frage hat eine Zeitlang ein Mitglied des Bundesrates gestellt. Ich habe mir ge-

dacht: Ein Mitglied des Bundesrates ist nicht verpflichtet, die Wiener Stadtverfassung zu kennen. Das wäre schön, aber es muß sie nicht kennen. Aber nunmehr wird diese Frage, deren Beantwortung sich aus der Stadtverfassung ergibt, nicht nur von einem Mitglied des Bundesrates, der inzwischen Mitglied des Gemeinderates geworden ist, neuerlich gestellt - und jetzt müßte er es wissen -, sondern auch von mehreren Gemeinderäten der ÖVP. Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Wiener Stadtverfassung. Da ich nicht die Absicht habe, als Bürgermeister der Bundeshauptstadt zurückzutreten, was ich müßte, wenn ich mich um die Funktion eines Amtsführenden Stadtrates bewerben wollte, kann ich also die Frage der Übernahme von Ressortagenden nur damit beantworten, daß ich bitte, die Wiener Stadtverfassung in einer ruhigen halben Stunde einmal durchzulesen.

Ich möchte nur sagen, die Aufgaben des Bürgermeisters sind in der Stadtverfassung eindeutig geregelt, und sie sind in der Stadtverfassung auch nachzulesen. Wenn Sie in der Geschäftseinteilung, dort, wo die Koordinations-Agenden angeführt sind, nachlesen, werden Sie ebenfalls die Aufgaben des Bürgermeisters erkennen können.

Was die Frage betrifft, ob ich bereit bin, dem Gemeinderat eine langfristige Ressort- und Geschäftseinteilung vorzulegen, die unabhängig von der personellen politischen Besetzung ist, möchte ich dazu zwei Dinge sagen:

Erstens ist es meine feste Ansicht, daß die Geschäftseinteilung in der von mir dem Gemeinderat zur Zustimmung vorzuschlagenden Form jedenfalls für diese Arbeitsperiode des Gemeinderates gelten soll und daß die Amtsführenden Stadträte daher diese Ressortfunktionen auch für diese Arbeitsperiode beibehalten sollen.

Da es aber auch, und das möchte ich eindeutig sagen, keine Politik gibt, die unabhängig von den Menschen wäre, die diese Politik durchführen, kann es keine Ressortaufteilung und keine Gemeindeverwaltung geben, die unabhängig von Personen im luftleeren Raum existiert.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß für uns weiterhin das Programm der Wiener die Grundlage für unsere Arbeit ist und daß darüber hinaus die großangelegte Diskussion der letzten Monate zusätzliche Gedanken und besondere Akzente für unsere Arbeit gebracht hat.

Ich habe Ihnen die Ergebnisse dieser Diskussion und das Programm der Wiener schriftlich vorgelegt und ersuche Sie, diese schriftlichen Unterlagen als Bestandteil meines Berichtes zu betrachten, damit ich mich in meinen Ausführungen auf einige wesentliche Dinge konzentrieren kann.

Durch alle Diskussionen zogen sich, bei Anerkennung aller Leistungen, einige Hauptpunkte der Kritik, und man soll auch diese hier sofort und offen darlegen. Nämlich, daß viele Menschen noch immer, trotz aller Bemühungen, den Verwaltungsapparat dieser grossen Stadt, der dazu da ist, den Menschen zu dienen, als einen anonymen und unverständlichen Apparat empfinden. Mit anderen Worten: Die Menschen haben manchmal das Gefühl, als gäbe es eine Verwaltung, deren Ziele so hochgesteckt sind, daß sie dabei die naheliegenden und kleineren Probleme des einzelnen übersieht. Hier möchte ich nach meiner Meinung mit aller Eindeutigkeit einen Grundsatz feststellen, nach dem wir, insbesondere die Verwaltung, zu handeln haben. Es darf keine Verwaltung geben, deren Ziele nicht aus den Bedürfnissen der Menschen unserer Stadt abzuleiten sind.

Allerdings muß man feststellen, daß hier nicht eine böswillige Verwaltung die Menschen vergessen hat, sondern daß hier folgendes geschehen ist.

In den letzten 25 Jahren mußte im Bereich der Stadt Wien, abgesehen von den Wiederaufbauleistungen, das geschehen, was bei einer friedlichen Entwicklung etwa im gesamten Zeitraum der Jahre 1930 bis 1978 hätte geschehen müssen - wobei ich das Jahr 1930 als jenes Jahr nehme, in dem eine echte finanzielle Beweglichkeit der Stadt Wien in Wirklichkeit beseitigt wurde.

In diesen 25 Jahren geschah noch etwas weiteres. Es haben die einzelnen Wiener eine in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Wohlstandssteigerung erlebt. Das Realeinkommen des Wieners hat sich in den letzten 25 Jahren vervierfacht, während im Vergleich dazu das Realeinkommen des Wieners im Jahre 1948 genauso hoch war wie jenes des Jahres 1913. Diese Wohlstandssteigerung hat aber auch bewirkt, daß nicht, wie man oberflächlich meinen könnte, die Ansprüche der Menschen an die Öffentlichkeit gesunken sind, sondern daß die Ansprüche an die Verwaltung in Wirklichkeit in fast allen Lebensbereichen gewachsen sind.

Am deutlichsten ist dieses Ansteigen im Bereich des Wohnens und des Verkehrs sichtbar, und es sind zu keiner Zeit im 20. Jahrhundert auf diesen beiden Sektoren solche Großinvestitionen erbracht worden, wie in den letzten Jahren. Daß dies eine Konzentration der Kräfte und Mittel erfordert hat, ist selbstverständlich.

Ich möchte jetzt, in Abkürzung der Argumentation, die Sie auch schriftlich zur Verfügung haben, nur sagen: Es wird jetzt notwendig sein, den neuen Aufgabenschwerpunkt, auch mit Hilfe der Verwaltung, zu erkennen, nämlich ein Großprogramm der kleinen Dinge durchzuführen, damit neben der quantitativen Bedürfnisbefriedigung auch die qualitative Bedürfnisbefriedigung bei den kleinen Dingen gewährleistet werden kann.

Allerdings möchte ich auch eines sagen: Es kann und darf nicht - wie es oft bei Forderungen geschieht - von der öffentlichen Hand verlangt werden, alle Aufgaben zu erledigen.

Das hohe Wohlstandsniveau hat neue Möglichkeiten für eine Selbstbetätigung, Selbstvorsorge und Selbstentscheidung des Bürgers eröffnet, die innerhalb der durch das Zusammenleben in einer Gemeinschaft gebotenen Grenzen genutzt werden sollten.

In dem Arbeitspapier, das Ihnen vorliegt, sind eine Fülle von Einzelvorschlägen unter dem Titel "Volksnahe Verwaltung" zusammengefaßt, die sehr detailliert aussehen mögen. Aber das Prinzip der Diskussion war ja, nicht allgemeine Grundsätze aufzustellen, sondern ein Bündel von verwirklichtbaren Einzelmaßnahmen zu beschließen.

Herausheben möchte ich einen Grundsatz aus den vielen Details, gerade, weil in solchen Bereichen der persönlichen Wünsche es sehr viele mehr oder weniger wohl organisierte Pressuregroups gibt.

Wir haben uns jedenfalls nicht um jene zuerst zu kümmern, die am wohlorganisiertesten und lautesten schreien, sondern um jene, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen.

Dabei geht es nicht nur um materielle Hilfe - wir haben ein Sozialhilfewesen, das für jeden Notfall die Hilfe garantiert. Unsere Aufgabe besteht viel weitergehend heute schon darin, den Menschen zu helfen, sich in dieser komplizierter gewordenen Umwelt zurecht zu finden.

Denn unser Ziel ist es nicht - wie das mancher Romantiker -, die Entwicklung zurückzudrehen und die Technik abzuschaffen, sondern den Menschen die Möglichkeit zu geben, die Chancen des Fortschrittes für sich optimal zu nützen.

Einen bedeutenden Bereich nimmt in dem Papier die Dezentralisierung ein, wobei bei den Dezentralisierungsmaßnahmen folgendes besonders hervorzuheben ist: Sie sind zweigeteilt. Es geht hier um eine Reihe von Maßnahmen, die sofort in allen Bezirken verwirklicht sind, und es geht dann darum, daß viel weitergehende Vorschläge gemacht wurden, bei denen man allerdings sagen muß, hier bestünde die Gefahr, wenn man sie generell für ganz Wien einführt, daß man eine bestehende Verwaltung durcheinander bringt, bevor die neuen Verwaltungseinheiten noch erprobt sind.

Deswegen wird hier vorgesehen in einem überschaubaren und abgerundeten Teilgebiet Wiens, nämlich den beiden Bezirken links der Donau, dieses weitergehende Dezentralisierungsmodell gerade auch verwaltungsmäßig zu erproben, damit man auf Grund der Erfahrungen sehen kann, wie aus der Praxis heraus das Ganze für ganz Wien aussehen könnte.

Ich möchte hier nur eines sagen: Ich hoffe, gerade weil hier durch den Übergang von der Anhörung und Mitsprache zur Selbstentscheidung auch verwaltungsmäßig sehr wesentliche Vorgänge miteingeschlossen sind, daß ich sehr hoffe und sehr an alle, die an diesem Praxisversuch teilnehmen, appelliere, daß sie alles daran setzen, um zu beweisen, daß es machbar ist. Es gilt zu beweisen, daß die Dezentralisierung funktionieren kann, es geht nicht darum zu beweisen, welche Schwierigkeiten unüberwindlich sind. Das möchte ich aus diesem Anlaß hier sehr deutlich sagen.

Einen großen Raum in der Diskussion haben Verkehrsfragen eingenommen. Hier gibt es ebenfalls eine Fülle von Einzelmaßnahmen. Ich möchte hier nur noch einmal darauf hinweisen, daß man jede Illusion rauben soll, daß es verkehrsorganisatorische Verbesserungen geben kann, die überhaupt niemandem weh tun. Denn wenn man vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr spricht, dann lernt man schon in der Fahrschule, daß bei einer Kreuzung der Vorrang für eine Richtung notwendigerweise Nachrang für eine andere bedeuten muß, weil eine Kreuzung mit der Einmündung von vier Vorrangstraßen nicht nur logischer Unsinn, sondern auch eine

Quelle der fürchterlichsten Unfälle darstellt. Daher muß man das einmal deutlich aussprechen, daß es keine Maßnahmen geben kann, die nicht auch im Interesse der Allgemeinheit oder der Mehrzahl für einzelne Einschränkungen mit sich bringen werden.

Auch zur Stadterneuerung möchte ich hier nicht mehr im Detail sprechen, weil in dem Arbeitspapier die Einzelheiten sehr detailliert enthalten sind.

Meine Damen und Herren! Mein persönlicher Dank und mein Dank im Namen der Stadt gilt jenen drei Persönlichkeiten, die aus ihren bisherigen Funktionen im Wiener Stadtsenat ausscheiden.

Stadtrat Hans Böck kam aus der Gewerkschaftsbewegung, in der er seit seiner Jugend tätig war. Zuletzt war er Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Ich bin Stadtrat Böck persönlich zu großem Dank dafür verpflichtet, daß er sich im Sommer 1976 - auf meine Frage - kurzfristig bereit erklärt hat, die Funktion eines Amtsführenden Stadtrates für Bauten zu übernehmen. Er hat seine Amtszeit selbst mit der Gemeinderatswahl vom vergangenen Oktober befristet - und hat die jetzt abgeschlossene Diskussion damit erleichtert, daß er sich bereit erklärt hat, doch noch bis zum Februar, bis zu seinem 65. Geburtstag, weiter im Amt zu bleiben, weiter zu arbeiten. In seiner relativ kurzen Amtszeit hat er - und das möchte ich ganz besonders hervorheben - eine Fülle von Problemen gemeistert und viel Arbeit geleistet. Er hat sich vom ersten Tag an die Sympathie und den Respekt seiner Mitarbeiter gesichert, er hat sich als hervorragender Kenner der Bauwirtschaft und als Organisator bewährt. Aus seiner Tätigkeit möchte ich nur eines hervorheben, den Neubau der Floridsdorfer Brücke in Rekordzeit, die Aufsehen erregt hat.

Daß wir sie sperren mußten, war sicher nicht die Schuld von Stadtrat Böck, aber daß sie gebaut wurde, das hat er erreicht, und dafür möchte ich ihm danken.

In unser aller Namen, Herr Stadtrat, für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und viel Freude.

Herr Stadtrat Kurt Heller ist seit dem Jahre 1945 im Wiener Rathaus tätig. Zuerst war er Beamter, dann Sekretär und Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Seit mehr als 20 Jahren ist er Amtsführender Stadtrat. 15 Jahre lang war er mit

dem Bauwesen befaßt. Und diese Agenden, so schwierig sie sind, haben etwas Positives. Herr Stadtrat Heller! Sie brauchen keine Broschüren zu lesen, sondern nur durch die Stadt zu gehen, um die eigenen Leistungen zu sehen. Ein gutes Viertel von unserem Wien wurde in der Zeit erbaut, in der Stadtrat Heller für Bauangelegenheiten verantwortlich war, Zehntausende Wohnungen, Spitals- und Sozialbauten, Schulen und Kulturstätten. Der Bau der U-Bahn wurde ebenfalls unter seiner Verantwortung begonnen wie der Neubau des AKH und die Umgestaltung des Donauraums.

Seit 1973 bewies er seine große Erfahrung, seine Menschlichkeit und sein Verhandlungsgeschick in der Verantwortung für die Personalangelegenheiten der Stadtverwaltung. In Zukunft wird er sich noch mehr als bisher jenem Aufgabengebiet widmen, dem seit jeher sein Herz gehört, nämlich dem Sport.

Ich danke Herrn Stadtrat Heller dafür, daß er sich bereiterklärt hat, weiterhin die Landessportorganisation zu leiten. Darüber hinaus stehen ihm in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees gerade in der nächsten Zukunft große Aufgaben bevor.

Ich danke Herrn Stadtrat Kurt Heller für seine langjährige Arbeit und wünsche ihm für die künftigen Aufgaben vollen Erfolg.

Ebenfalls seit dem Jahre 1945 ist Stadtrat Hubert Pfoch im Wiener Rathaus tätig. Seit dem Jahre 1964 als Amtsführender Stadtrat, von 1970 bis 1978 als Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter und seit 1949, mit einer kurzen Pause von drei Monaten, und jetzt wieder im Gemeinderat.

Für ihn gilt das gleiche, was ich schon von Stadtrat Heller sagte: Überall in der Stadt sind jene Bauten zu erkennen, die unter seiner Verantwortung begonnen beziehungsweise ausgeführt wurden. Ob das die Bäder sind, die Wohnhäuser, die Spitäler, die Schulen oder Kindergärten.

Wenn ich Stadtrat Pfoch heute für seine bisherige Arbeit danke, so schließe ich gleich die besten Wünsche für seine künftige Tätigkeit ein, da er weiterhin in unserem Kreis tätig sein wird. Herzlichen Dank!

Ich habe in einer zugegebenermaßen kurzen Rede versucht, auf einige Aspekte unserer Arbeit einzugehen und die Arbeit in den nächsten Jahren zu skizzieren, und ich habe besonders dafür auch die schriftlichen Unterlagen vorgelegt.

Es sind sicher große Aufgaben, die vor uns stehen, und ich bin überzeugt, wir werden sie wie in der Vergangenheit bewältigen."